

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
 Umwege der englischen Politik
 Was geht in Sowjetrußland vor?
 Eine polnische Legion im Reich
 Um das Ohr des Führers

Die Verachtung des Rechts

Neue Morde des internationalen Faschismus

Am 10. Juni 1924 wurde Matteotti ermordet. Am 10. Juni 1937 wurden Carlo und Nello Rosselli ermordet. Matteotti — das war die Stimme der Freiheit, des Rechts, eine Stimme, die Mussolini nicht ertragen konnte. Carlo Rosselli — das war der Erbe dieser Stimme, der Herausgeber von »Giustizia e Libertà«, der glühende Kämpfer gegen die faschistische Barbarei. Mussolini hat beide ermorden lassen.

Am 25. Mai wurde der sozialdemokratische Volkstagsabgeordnete Hans Wiechmann in Danzig von der politischen Polizei auf offener Straße verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Seitdem ist er verschwunden. In einem Walde in der Nähe von Danzig ist die Leiche eines Mannes aufgefunden worden, dessen Identität die Danziger Polizei angeblich nicht feststellen kann.

Zwei Verbrechen an Freunden der Freiheit! Die geheime Polizei Mussolinis und die geheime Polizei Hitlers haben gearbeitet!

Carlo und Nello Rosselli wurden in dem kleinen französischen Ort Bagnoles tot aufgefunden — ihre Körper durch Dolchstiche grausam zerfetzt, wie einst der Körper Matteottis. Neben den Leichen lag demonstrativ ein Ehrendolch des Faschis. Die Mörder, die befehlsmäßig ihre Tat ausgeführt haben, sind über die Grenze nach Italien entkommen.

Carlo Rosselli war der Schöpfer der Organisation »Recht und Freiheit«. Sein Großvater war ein Freund Mazzinis, seine Mutter eine große italienische Schriftstellerin. Glühende Freiheitsliebe war das Erbe seiner Familie. Er wurde Sozialist. Er verhalf Turati zur Flucht. Er kehrte selbst nach Italien zurück, um den Kampf zu führen. Verhaftet, verurteilt, auf die Liparischen Inseln deportiert, entfloh er nach zwei Jahren in einem kühnen Unternehmen übers Meer. Das war im Jahre 1929. Er gründete in Paris die Wochenschrift »Giustizia e Libertà« und die Bewegung gleichen Namens. Sie umfaßte monarchistische Konservative, Rechtsliberale, Demokraten, Radikale, Sozialisten. Er kämpfte im Geiste Mazzinis. Er eilt 1936 nach Spanien, organisiert eine italienische Kolonne, kämpft, wird verwundet. Um seine Wunden zu heilen, kehrt er nach Frankreich zurück. Hier trifft ihn der Dolch der Mörder, ihn und seinen jüngeren Bruder.

Ein Held der Freiheit!

Carlo und Nello Rosselli und Hans Wiechmann sind für unsere Sache gefallen. Wer an der Front des illegalen Kampfes gegen den Faschismus steht, sei es in Italien, sei es in Deutschland, kämpft für eine gemeinsame Sache, für die Freiheit. Der Kampf für die Freiheit ist nicht an nationale Grenzen gebunden. Er ist international, er muß es sein; denn international ist das faschistische Verbrechen!

So, wie viele Tausende in Italien gequält, gefoltert, vernichtet, ermordet worden sind, so auch in Deutschland. Der Fonds der Internationale für die Opfer des faschistischen Verbrechens heißt: Matteottifonds. Sein Name ist

Anklage gegen das internationale Verbrechen. Es schießt seine Mörderbanden über die Grenzen. So wurde auf tschechoslowakischem Boden Theodor Lessing ermordet, so fielen die Brüder Rosselli.

Diese Morde sind eine Demonstration der Verachtung des Rechts. So wie das internationale Recht mit Füßen getreten wurde, als Mussolini den Krieg in Afrika entfesselte, als er die Rebellion in Spanien vorbereitete, so wie das Recht und bindende Verträge durch

die Dauerintervention in Spanien gebrochen werden, so setzt sich der italienische Faschismus über das internationale Recht wie über das Strafrecht Frankreichs hinweg, indem er Mörder nach Frankreich sendet. Nach Spanien die Truppen, nach Frankreich die Mörder!

Wer sieht nicht den Zusammenhang zwischen alledem? Die Massenmorde von Malaga, die deutschen Fliegerverbrechen von Guernica, die Beschießung von Almeria und die Ermordung der Brüder Rosselli, die Verschleppung

Hans Wiechmanns — es sind Ausflüsse des gleichen Ungeistes. Die Diktaturen, die vor den großen politischen Verbrechen nicht zurückschrecken, scheuen den Einzelmord nicht. Der Mord an Matteotti war die Programm-erklärung des faschistischen Verbrechens, die Morde der Agenten der faschistischen Polizei sind die höhnende Demonstration, daß das faschistische Verbrechen die völlige politische Straffreiheit auch der verwerflichsten seiner Taten für international gesichert hält.

Eine polnische Legion im Reich?

Werbung junger Minderheitsangehöriger zur Landarbeit nach Deutschland

Die polnische Presse schlägt Lärm, daß gewissenlose Agitatoren im Grenzgebiet junge Leute aus den Reihen der deutschen Minderheit zur Landarbeit nach Deutschland arwerben. Wie man an polnischen Stellen wissen will, werden gegen 60.000 Landarbeiter für verschiedene Teile Deutschlands benötigt. Polnischseits fühlt man sich beunruhigt, weil meist junge Leute im militärischpflichtigen Alter angeworben werden, denen bei der Rückkehr nach Polen die größten Gefahren drohen. Nun ist wohl keine Jugend im Grenzgebiet von der Arbeitslosigkeit so schwer betroffen, wie die der deutschen Minderheit, zumal sich in den letzten Jahren leider im polnischen Lager eine Situation herausgebildet hat, daß junge Menschen mit deutschem Schulzeugnis weder in eine Lehre, noch in irgend eine Arbeit aufgenommen wurden. Was lag näher, als daß selbst Eltern, die den Nazismus für sich ablehnen, es dennoch duldeten, daß ihre schulentlassenen Kinder sich in Naziorganisationen einschreiben ließen, lediglich aus dem Beweggrund, damit sie später einmal Arbeit jenseits der Grenze erhalten. Denn längst hat es die Nazibewegung aller Schattierungen verstanden, die Agitation für die »deutsche Erneuerung« ausschließlich unter dem Gesichtswinkel zu betreiben, daß in Deutschland nur derjenige Angehörige der deutschen Minderheit auf Unterstützung und Arbeitszuteilung rechnen kann, der Mitglied des Deutschen Volksbundes oder sonst einer namhaften Naziorganisation ist. Schließlich haben auch polnische Kreise der Abwanderung »deutscher Elemente« gern zugesehen, da sie damit der Sorge enthoben sind, daß die Arbeitslosigkeit noch weiter wachsen könnte.

Nun ist es kein Geheimnis, daß die jungen Leute weniger zur Handarbeit, denn zur militärischen Schulung nach Deutschland angeworben werden. SS-Stellen in Beuthen und Gleiwitz, die diese deutschen Landarbeiter polnischer Staatszugehörigkeit in ihren Lagern zum Weitertransport übernehmen, machen keinen Hehl daraus, daß sie militärisch geschult werden sollen, um, in die Heimat zurückgekehrt, gute Vorposten für das Deutschtum zu verbleiben.

Man geht sogar in reichsdeutschen Nazi-Kreisen so weit, offen zu sagen, daß es sich um die Aufstellung einer polnischen Legion handelt, die allmählich auf deutschem Gebiet durch besagte Landarbeiter aufgestellt werden soll.

So unglaublich diese Dinge auch klingen; dafür wird offen Propaganda innerhalb der deutschen Minderheitsangehörigen getrieben, denn der große Traum der Wiedergewinnung verlorener deutscher Gebiete an Polen für Deutschland, ist keineswegs aufgegeben. Das

deutsch-polnische Abkommen gilt ja auch nur für zehn Jahre, wie immer wieder im Rahmen der Vorträge des Bundes deutscher Osten betont wird. Diese Agitation zur Werbung für Landarbeit hat System. Man verspricht diesen jungen Leuten erst Arbeit jenseits der Grenzen, sind sie noch nicht Mitglied einer Naziorganisation, so werden sie hierfür erst geworben, wobei der Schwur auf den »Führer« als selbstverständlich gilt, den man aber vorsichtigerweise nicht mehr in Polen, sondern auf reichsdeutschem Gebiet abnimmt. Dann werden diese jungen Leute zu Vorträgen nach Beuthen oder Hindenburg herangezogen, die von der Kolonialgesellschaft oder vom Bund deutscher Osten veranstaltet werden, dort verfallt er der Herrlichkeit für das »neue Deutschland Adolf Hitlers«, um schließlich aus einem der Gleiwitzer oder Beuthener Lager der SS nach Sachsen, Brandenburg oder Ostpreußen zur militärischen Schulung verschickt zu werden. Uns interessieren die Bezahlungen und Abmachungen weniger, nur sei festgestellt, daß bei der Anwerbung Nachdruck gesetzt wird, daß der Aufenthalt in Deutschland als Landarbeiter keinen Anspruch auf Einbürgerung im Reich begründet, eine Vorsicht, die man bei Facharbeitern und deren Anwerbung für reichsdeutsche Betriebe bei polnischen Staatsangehörigen bisher nicht praktiziert hat.

Diese neue Methode, sich militärisch ausgebildete Stoßtrupps aus jungen deutschen Leuten zu schaffen, gewissermaßen im Rücken des »Erbfeindes«, ist nicht überraschend. Die Versuche, diese Minderheitsangehörigen auf polnischem Boden zu drillen, sind mannigfach und erlitten wiederholt Schiffbruch, erst dieser Tage ist ein solches Arbeitslager junger Leute auf einem Gut in Pomerellen ausgehoben worden, wo man diese jungen Menschen auch zur Landarbeit angeworben hat, aber die »körperliche Ausbildung« nach militärischen Regeln überzog.

Es sei in diesem Zusammenhang auch an den Prozeß gegen Angehörige der deutschen Minderheit im Verlauf des vorigen Jahres erinnert, der als Geheimbund der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterbewegung in verschiedenen Ortschaften Polnisch-Oberschlesiens spielte und keinen anderen Zweck verfolgte, als einen Putsch vorzubereiten, der Oberschlesien wieder ans Reich angliedern sollte. In diesem Prozeß wurden die Beziehungen zu reichsdeutschen amtlichen Stellen einwandfrei festgestellt, die harten Urteile gegen mehr als hundert dieser Leute wurden in der reichsdeutschen Presse nur nebensächlich erwähnt und die deutsche Minderheitspresse sprach nur von »irreführenden Menschen«, die infolge jahrelanger

Arbeitslosigkeit einer verwerflichen Agitation verfallen sind.

Damals schon wurde festgestellt, daß diese Arbeitslosen nach Beuthen und Gleiwitz Verbindung hatten, dort in den Arbeitsämtern als Arbeitsuchende verzeichnet waren, ihre Mitgliedsbücher wurden von einem politischen Kommissar in Beuthen bewahrt und registriert. Diese Aktion schlug fehl, und nun greift man zu einer anderen Methode. Die militärische Schulung der kommenden polnischen Legion des Reiches in den Grenzgebieten soll unter der Maske angeworbener Landarbeiter fortgesetzt werden.

Um maskierte Methoden zur Erreichung bestimmter politischer Ziele waren die Nazis nie verlegen, die polnische Legion ist nur ein weiterer Beweis dafür, was Verträge mit Hitler für einen Sinn haben. Der Erbfeind muß geschlagen werden, die Mittel und Methoden bestimmt die Zeit, aber das Ziel wird nicht aufgegeben, obwohl die Beziehungen zwischen Warschau und Berlin angeblich gerade jetzt die denkbar besten sind.

Jugoslawien und die Abse

Nach dem Verdienstorden vom deutschen Adler.

Der Besuch des deutschen Reichsaußenministers von Neurath in Belgrad, und das Entgegenkommen, das er dort gefunden hat, haben kritische Stimmen in Frankreich und England hervorgerufen. Diese kritischen Stimmen beschuldigen den jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinowitsch, daß er eine persönliche Politik betreibt, daß er Jugoslawien einem korporativen Faschismus unterwerfen, daß er das Land aus der Freundschaft mit Frankreich herauslöse und an die Seite Hitlerdeutschlands führen wolle.

Das Organ von Stojadinowitsch, »Vreme«, hat das Zusammentreffen zwischen Neurath und Stojadinowitsch mit folgenden Sätzen begrüßt:

»Wir begrüßen die deutsch-jugoslawische Zusammenarbeit mit dem größten Enthusiasmus. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern treten jetzt in eine neue Phase ein, dank Herrn Neurath, dem Eroberer des Friedens. Die Welt, die zum ersten Male die Abzeichen des wiedererstandenen Deutschland in den Straßen von Belgrad gesehen hat, hat begriffen, daß ein großes Ereignis vor sich gegangen ist. Das Dritte Reich hat sich bei uns an der ersten Stelle gefühlt — wie es bis zur Gegenwart niemals zuvor der Fall gewesen ist.«

Man hätte meinen sollen, daß der jugo-

Die neue Schreckensherrschaft

Blutige Machtkämpfe in Sowjetrußland

slawische Ministerpräsident Wert darauf lege, daß sich die Mitglieder der Kleinen Entente bei ihm »an erster Stelle« fühlen — aber Herr Stojadinowitsch scheint die internationalen Verpflichtungen Jugoslawiens dem Verhältnis zu Hitlerdeutschland und zur Achse Rom—Berlin unterzuordnen.

Der Pariser »Populaire«, das Organ des französischen Ministerpräsidenten, schließt eine ausführliche, überaus kritische Betrachtung der Politik des jugoslawischen Ministerpräsidenten mit dem offenen Vorwurf, daß er die politische und polizeiliche Unterdrückung verschärft und sich mit Faschisten und Hitlerfreunden umgebe.

Der »Daily Herald« veröffentlicht ausführliche Berichte über den Polizeiteror in Jugoslawien unter der Ueberschrift »Frauen verstümmelt, Kinder ins Gefängnis geworfen«. Er spricht die Hoffnung aus, daß die Stärke der Diktatur nicht ebenso groß sein werde wie ihre Brutalität.

Die Achse Rom—Berlin scheint eine Eroberung gemacht zu haben — aber eine moralische Eroberung ist es nicht.

Das Dritte Reich sucht Anschluß

Reichsaußenminister Neurath ist nach London eingeladen worden. Es sollen Unterhaltungen über den Westpakt und die Spanienfrage gepflogen werden.

Chef des Generalstabs Beck wird in Paris Verhandlungen über ein Luftlocarno im Westen führen.

(Siehe den Artikel: Umwege der englischen Politik.)

Der Fuchs und die Trauben

»Man hüte sich davor, die Rüstung für wirtschaftsnotwendig zu halten, übersteigerte Rüstung bringt Unruhe in die Wirtschaft. Noch wird man sich der letzten Preishaussage auf dem Weltmarkt entsinnen. Und die Folge einer Haussage lautet: neue Krise, neue Unruhe! Und die Folge der auf der ganzen Welt angehäuften Munitionsmagazine und aufgestapelten Kriegsgüter ist, daß die Kanonen von selbst losgehen können. Doppelte Gefahrenherde also!«

Wer äußert so weise Erkenntnisse? Der Fuchs, dem die Trauben so sauer sind, nämlich die parteiamtliche Zeitschrift »Die deutsche Volkswirtschaft, Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst« (1. Juniheft). Woher diese Wendung? Der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« sagt es mit erstaunlicher Offenheit:

»Sehen wir ganz ob von der Frage der überhöhten finanziellen Belastung durch Steuern infolge von Rüstungen, so bleiben, wenn es nicht rechtzeitig gelingt, allgemeine Rüstungsbeschränkung durchzuführen, Grenzen der Möglichkeit eigener Rohstoffherzeugung, eigener Nahrungsfreiheit, eigener Industrieverarbeitung bestehen, die nicht durch plötzlichen Entschluß und unbefristet beliebig zu erweitern sind. Hier mit unerbittlicher Strenge sich selbst zu kontrollieren und mit dem Einsatz aller Mittel der wirtschaftsstatistischen Erfassung und auswärtiger Wirtschaftserkenntnis ein für längere Zeit maßgebliches Urteil über die tatsächliche Einsatzfähigkeit der Wirtschaft für die Wehr aufzustellen, ist nicht nur für ein Teilgebiet der Wirtschaft, sondern für die Gesamtwirtschaft nötig.«

Die eigene Rohstoffherzeugung, eigene Nahrungsfreiheit und eigene Industrieverarbeitung waren noch in Nürnberg des Führers feierlich verkündetes Ziel. Man mußte annehmen, daß es bei seiner bekannt »unerbittlichen Strenge« auf seine Erreichbarkeit vor der Verkündung geprüft worden ist. Die kaum verhüllte Kriegsdrohung des Vierjahresplans erweist sich also als Bluff. »Das große Ziel einer wehrfähigen Wirtschaft« bleibt dennoch nach wie vor erstrebenswert. Nur sollte man, da das Eisen bereits im Stadium der Kriegsvorbereitung ein Seitenprodukt geworden ist, zwar »Wehrbereitschaft nicht unterlassen, aber die Pflege friedvoller Verständigung nicht hintanzustellen«. Mit anderen Worten: man braucht zur Zeit eine Pause in der Aufrüstung fast nach dringender als diese selbst. Auch die neue Verständigungsoffensive ist ein Teil der Kriegsvorbereitung, weil aufgeschoben ja nicht aufgehoben ist.

Ein neues Opfer des Hitlerischen Kulturkampfes

Es wird jetzt erst bekannt, daß der katholische Stadtpfarrer von Brandenburg, Bruno Schubert am 6. Mai 1937 im Berliner Polizeipräsidium am Alexanderplatz von den Nazi umgebracht worden ist. Bei der Auslieferung der Leiche an die Verwandten wurde diesen

Die sowjetrussische Diktatur wird zerschlagen von einem Machtkampf in den leidenden Kreisen des Regimes, der mit erbarmungsloser Grausamkeit geführt wird. Er verschlingt führende Männer zu Dutzenden, kleine Funktionäre zu Hunderten, vielleicht zu Tausenden. Sowjetrußland ist nach zwanzig Jahren der Diktatur in eine neue Periode der Schreckensherrschaft eingetreten. Der Kameradenmord ist an der Tagesordnung. Alle Mitglieder der früheren Politischen Büros des Zentralkomitees der KPR, die nicht eines natürlichen Todes gestorben sind, sind erschossen — mit Ausnahme Stalins. Eben sind die höchsten Offiziere der Roten Armee an der Reihe gewesen. Nahezu der ganze Generalstab ist erschossen. Eine Reihe führender Diplomaten, mit deren Namen man bestimmte Tendenzen der russischen Außenpolitik zu verbinden pflegte, ist in Haft und harret der Erledigung. Anderen wieder, die heute noch als Exponenten der russischen Außenpolitik an wichtigsten Stellen stehen, heftet das Gericht schon die Todesmarke an. Die blutige Schlichterei ist noch nicht zu Ende. Wie soll sie enden?

Man wage nicht, uns zu erzählen, daß damit die Demokratie in Sowjetrußland vorbereitet werde, und daß es sich nur um einige Bereinigungen handle, die dem Inkrafttreten der mit großem Propagandaufwand verkündeten neuen Verfassung vorangehen müßten. Diese neue Verfassung, Ueberrest eines Kurses, den die Führer der Diktatur — wie viele sind es? — längst bewußt verlassen haben, steht gegenüber der blutigen Phase der russischen Despotie wie ein Mahnzeichen da, das daran erinnert, wie wenig die propagandistischen Behauptungen einer Diktatur mit der Wirklichkeit zu tun haben.

Wenn diese blutige Entartung der russischen Diktatur im zwanzigsten Jahre ihres Bestehens eines lehrt, so das: man kann in eine Diktatur leicht hineinrutschen, aber man kommt nicht wieder heraus. Man kann eine Diktatur mit idealistischen Absichten beginnen, aber man entrinnt nicht der Demoralisierung, der Entartung, die mit der Diktatur notwendig verbunden sind. Eine Diktatur, die sich in allgemeine Versöhnung, Menschenliebe und Freiheit aufgelöst hat, kennt die Weltgeschichte nicht — wohl aber die blutigen Katastrophen, die Bürgerkriege, die anarchischen Zustände, die am Ende von Diktaturen zu stehen pflegen.

Wer glaubt angesichts der russischen Lehre, daß Organisation der Wirtschaft, ja, daß Hebung der Lebenshaltung veredelnd und kultivierend auf die Objekte der Diktatur einwirke, wenn zugleich in den Staatsorganen ein Machtkampf rast, in dem alle moralischen Werte zertreten werden? Wie kommt es, daß nach zwanzig Jahren der Diktatur einer nach dem anderen der hochgestellten und gefeierten Führer als ein Hund sich entpuppt, der

den Hundetod verdient? Was ist das für ein Ergebnis, daß die Führer der Wirtschaft böswillig sabotieren, was sie selbst mit aufgebaut haben, daß Generale, die ihr Leben im Bürgerkrieg eingesetzt haben, gemeine Spione werden, daß die Generalstabschefs, die zu den höchstbezahlten Spitzen des Regimes, zur neuen Aristokratie gehören, sich für Geld ans Ausland verkaufen, daß ein Sowjetmarschall dem anderen nachsagt, er sei bezahlter Spion und Verräter? Was ist das für ein Ergebnis, daß anscheinend nur einer, ein einziger allein treu bleibt, der Richter aller anderen, die alle, virtuell alle Verräter und Schurken sind? Wenn das alles wahr wäre: welch ein schauerlicher Abgrund!

Aber wenn es nicht wahr ist, wenn diese furchtbaren Anklagen nur Propagandalügen sind, bestimmt, physisch vernichtete Gegner und Konkurrenten der Macht zu diffamieren — sind die Dinge dann weniger schauerlich? Was ist ein Staat, ein Regierungssystem wert, in dem der Kameradenmord zur normalen Form der Erledigung politischer Meinungsverschiedenheiten wird, und welche Zukunft kann ein solches System haben? Wem will man noch glauben machen, daß auf solche Weise die Menschheit auf eine höhere Stufe der Kultur gehoben werden könne? Welcher Grad der Verwandtschaft besteht noch zwischen der Gestalt der russischen Diktatur und den Ideen des internationalen Sozialismus?

Die politische Frage lautet: Welche politischen Auseinandersetzungen, welche Entscheidungen über den Kurs der Sowjetpolitik liegen diesen Abschlächtungen zugrunde? Seit Monaten ist die Politik Sowjetrußlands nicht mehr klar definiert. Die offizielle Begründung der Erschießung der Generale lautet: sie wären des landesverrätherischen Einvernehmens mit Hitlerdeutschland, dazu der Spionage schuldig gewesen, sie hätten Stalin ermorden, ein deutschfreundliches Regime an seine Stelle setzen wollen. Das ist die allgemeine Beschuldigung, die gegen alle »Trotzkisten« erhoben wird, — und die angesichts der letzten Prozesse kein Mensch in Europa zu glauben geneigt ist. Im Prozeß gegen Pjatakow und Genossen sagten Radek und Sokolnikow aus, sie hätten mit deutschen und japanischen diplomatischen Vertretern über die Bedeutung einer deutsch-sowjetischen Annäherung verhandelt und hätten russische Konzessionen für den Fall des Sieges der Verschwörung über Stalin zugesagt. Welcher Politik sollten diese Zweckaussagen dienen?

Als bald nach diesem Prozeß, der am 30. Januar 1937 zu Ende ging, tauchten in der westeuropäischen Presse Gerüchte auf, daß die Sowjetregierung eine Neuorientierung ihrer Politik erwäge. Es wurde hingewiesen auf die Beziehungen, die seit Rapallo zwischen Reichswehr und Roter Armee bestanden haben, auf wirt-

schaftliche und weltpolitische Zusammenhänge, auf Tendenzen in der Roten Armee. Die Frage bleibt: Sind Fühlungen gelungen, durch wen, und wie weit war Stalin informiert?

Es ist eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Hitlerdeutschland und Sowjetrußland erfolgt, die jedenfalls der Hitlerschen Aufrüstung nutzt. Wer verantwortet sie? Ist das auch nur Verrat und Sabotage, oder entspricht es dem amtlichen Kurs?

Mit der Erschießung der Generale ist offensichtlich eine ganze politisch-militärische Schule vernichtet worden. Welches waren die Gegensätze zwischen dieser Schule und Stalin und Woroschilow?

Noch vor kurzem hat die Rote Armee sich der Zuständigkeit der GPU entzogen. Bald danach wurden wie zur Zeit des Bürgerkrieges den Regimentern politische Kommissare beigegeben. Welche Machtkämpfe sind hier geführt worden, welches waren die miteinander ringenden Kräfte und Führer?

Seit Monaten ist die russische Außenpolitik in den großen europäischen Fragen in eine auffallende Inaktivität verfallen, wie sich zuletzt noch bei den Verhandlungen über den Almeria-Fall gezeigt hat, die geradezu im Rahmen des Viererpaktes geführt worden sind. Diese Inaktivität traf auffällig zusammen mit krampfhafter propagandistischer Aktivität der Komintern. Ist es Ablenkung durch innere Machtkämpfe, oder ist es Unsicherheit des Kurses, das zu dieser Inaktivität geführt hat?

Das alles sind offene Fragen, die durch das Fortschreiten des Terrors von den Generalen zu den Diplomaten noch unterstrichen werden. In jedem anderen, nicht-diktatorisch regierten Lande unterliegt der Kurs der Politik öffentlicher Kritik und Diskussion. Man kennt die Parteien, die Meinungsströmungen, die politischen Schulen. Man kennt die streitenden Gruppen und die sachlichen Differenzpunkte. Aber kann man aus den wilden, diffamierenden, ungläubhaften Beschuldigungen, die gegen die »Trotzkisten« aller Grade in Rußland erhoben werden, die Linie der russischen Außenpolitik ableiten — und wie fest wäre sie, wenn sie wirklich nur mit so grausamen Mitteln gesichert werden könnte?

Welche Garantien der Stetigkeit der Politik sind bei einer Diktatur gegeben, in der die Willkür Weniger entscheidet, und in der alles vom zufälligen Ausgang persönlicher Machtkämpfe abhängen kann?

Diese blutigen inneren Machtkämpfe sind heute das hervorstechendste Merkmal der sowjetrussischen Politik, und es scheint, daß den Diktatoren gegenüber der Behauptung ihrer persönlichen Macht alle anderen Fragen nur Fragen zweiter Ordnung sind.

Alles ist „Hochverrat“

Die »Nordische Rundschau« in Kiel, vom 23. April meldet:

Das Sondergericht verurteilte:
2 Jahre 6 Monate Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

In einer Verhandlung vor dem Hanseatischen Sondergericht, das in diesen Tagen im Schwurgerichtssaal des Justizgebäudes am Schützenwall tagt, hatte sich der 32 Jahre alte Johann Sch. aus Kiel wegen schwerer Vergehen zu verantworten. Der Angeklagte hatte, wie aus der Verhandlung hervorging, regelmäßig seit 1933 die Sendungen des Moskauer und Straßburger Senders abgehört und sich an seiner Arbeitsstelle mit seinen Arbeitskameraden über das Gehörte unterhalten. Hierbei fiel erschwerend ins Gewicht, daß Sch. in einem Rüstungsbetrieb beschäftigt war und seine Worte offensichtlich kommunistische Tendenzen enthielten. Aus diesem Grund wurde er unter Berücksichtigung der Tatsache, daß er geistig nicht gerade auf der Höhe ist, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren sechs Monaten und zu drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Handlungen des Angeklagten sind um so unverständlicher, als er nach fast zehnjähriger Arbeitslosigkeit von 1924 bis 1933 bei der Machtübernahme wieder in Lohn und Brot kam und außerordentlich

gut verdiente. Im übrigen hat er von 1927 bis 1933 sowohl dem Reichsbanner, der SPD und auch dem Arbeiter-Radio-Bund angehört.

Es handelt sich um unseren Genossen Hans Schröder, dem hier nachgesagt wird, er sei geistig nicht ganz auf der Höhe. Das könnte höchstens ein Ergebnis der Untersuchungsmethoden der Gestapo sein, was wir tief beklagen müßten. Außerdem ist es lächerlich, denn wie könnte ein solcher Mann »außerordentlich gut verdienen«. Schröder arbeitete auf der Kruppschen Werft »Germania« in Kiel, wo wahrhaftig kein Geld verschenkt wird, wenn ein Arbeiter keine besondere Leistungsfähigkeit entwickelt. Aber Schröder ist ein alter Funktionär der Arbeiterbewegung und war als solcher in der Jugendabteilung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Kiel lange Jahre tätig. Von 1929 bis 1933 war er vom Jugendamt der Stadt Kiel als Leiter eines städtischen Jugendheimes für erwerbslose Jugendliche angestellt und die Nazis haben ihn natürlich daraus vertrieben. Sie machten ihn im Jahre 1933 wieder arbeitslos. Er ist einer von den vielen Genossen, die für ihre Treue von den Feinden ins Zuchthaus geschickt werden. Dafür werden sie, besonders wegen des »Ehrverlustes« von vielen Millionen um so höher geschätzt. Nur unter Hitler ist es möglich, daß jemand für den Empfang von Aetherwellen, die frei ins Haus kommen, ins Zuchthaus geschickt wird.

Täuschende Geldfülle — schwindende Rohstofflager

Im Dritten Reich herrscht eine Geldfülle solchen Ausmaßes, daß die »Frankfurter Zeitung« jüngst dafür den Ausdruck »Geldschwemme« geprägt hat. Die Unternehmer wissen nicht, wie sie sich der Fülle der ihnen zuströmenden Geldüberschüsse erwehren, was sie mit diesem Uebermaß an Geld beginnen sollen. Geldfülle pflegt nicht gerade ein Zeichen des Aufschwungs zu sein. In Zeiten guter Konjunktur wird zwar viel verdient, aber die Geldgewinne können vielfach den Kreditansprüchen einer steigenden Produktion nicht nachkommen. Daher ist in solchen Zeiten Kredit nicht im Uebermaß angeboten, sondern knapp. Erst wenn die Konjunktur umgeschlagen, Geschäftsstokung eingetreten ist, Warenvorräte wegen Ueberschuldung verschleudert werden müssen, aber die Unternehmungslust gelähmt ist und die Wiederauffüllung der Lager nicht riskiert wird, tritt Geldüberfluß ein, der alsdann nur die Kehrseite des tatsächlichen Mangels an rentablen Anlagemöglichkeiten ist.

Wie kommt es nun, daß im Dritten Reich Produktionszunahme und Geldfülle einander nicht ausschließen, sondern sich miteinander vertragen? Nicht weil die Unternehmer ihre Lager nicht auffüllen wollen, sondern weil sie es wegen Rohstoffmangel nicht können. Früher hatten Textilien gefehlt, jetzt mangelt es an Eisen, dem wichtigsten Grundstock der industriellen Produktion und, noch entscheidender für das Hitlerregime, der Kriegsproduktion. Die Bauunternehmer werden angewiesen, an Stelle von Eisenträgern die veraltete Methode der Kellerbogen aus Steinen zu verwenden. Im »Deutschen Volkswirt« vom 7. Mai 1937 werden Vorschläge zur Ersparung von Eisen beim Bauen gemacht und dazu geschrieben:

»Die Durchführung vieler Vorschläge hängt allerdings davon ab, daß die baupolizeilichen Behörden ihre bisherigen Vorschriften lockern und daß die Ansprüche der Bauherren, die zum Teil durch Gütebedingungen gesichert sind, auf ein zeitgemäßes Maß herabgesetzt werden.«

Die Einhaltung der baupolizeilichen Sicherheitsvorschriften sollen also zugunsten der Streckung des Eisenvorrates vernachlässigt werden. Die »Geldschwemme« ist also nur ein trügerischer Schein, der täuschende Geldausdruck eines wirklichen Schwundes der Kapitalsubstanz. Daß es so ist, geht schon daraus hervor, daß das Institut für Konjunkturforschung sich bemüht, diese in Deutschland und im Auslande sehr verbreitete Auffassung zu widerlegen und dieser Widerlegung eine ganze Nummer seiner Wochenberichte (Nr. 21 vom 26. Mai 1937) zu widmen. Sie enthält zwei Untersuchungen, eine »Zur Bewegung der Lagerverhältnisse in Deutschland« und eine zweite »Zur Geldmarktfähigkeit«. Diese beginnt wie folgt:

»Die vorstehenden Untersuchungen über die Lagerbewegung sind auch für kreditwirtschaftliche Analysen von Bedeutung. Sie geben wichtige Aufschlüsse darüber, wie weit die in jüngster Zeit vertretene Auffassung zutreffend ist, daß der Lagerabbau der Unternehmungen die anhaltende Flüssigkeit der Kreditmärkte hervorgerufen habe. Nach den vorliegenden statistischen Ergebnissen muß diese These sehr bezweifelt werden; sicher ist, daß ein Lagerabbau in der gesamten Volkswirtschaft in größerem Umfange nicht stattgefunden hat.«

Es wird behauptet, daß die Ursache der Geldmarktfähigkeit nicht der Lagerabbau sei, sondern der »Einsatz des Reichsbankkredits für die Finanzierung der Staatsaufträge«. Aber die Frage ist ja eben, wie es kommt, daß trotz steigender Produktion die Kreditbeanspruchung der Industrie hinter der Kreditschöpfung der Reichsbank zurückbleibt, daß also für diese die Anlagemöglichkeiten fehlen.

Die Untersuchung über die Bewegung der Lagerverhältnisse ist denn auch sehr wenig beweiskräftig. Denn erstens beziehen sich die Vorratsziffern nur auf den Geldwert der Vorräte, nicht worauf es hier allein ankommt, auf ihre Menge. Zweitens entspricht auch dieser Geldwert nicht dem wirklichen Wert der Vorräte, sondern nur den Wünschen der Aktiengesellschaften nach Einrichtung ihrer Bilanzziffern, denn die Vorratszahlen sind lediglich den Bilanzen von Aktiengesellschaften entnommen. Schließlich reicht die Statistik nur bis 1935, für 1936 begnügt man sich mit einigen wenigen Stichproben und Schätzungen. Aber die Rohstoffnot in katastrophalster Gestalt hat erst

Umwege der englischen Politik

Die Rückwirkungen der Empirepolitik auf die europäische Lage

Die Konsolidierung der englischen Macht, die wir in unserem letzten Artikel geschildert haben, übt ihre Wirkung auch auf den Fernen Osten, Englands Einfluß in China ist bedeutend gestiegen, es unterstützt zielbewußt das Erstarren der chinesischen Zentralregierung. Unter seinem Einfluß ist eine erfolgreiche Ordnung der chinesischen Währung gelungen, es fördert das Einströmen von Kapital, vor allem für den Bau von Eisenbahnen und Straßen, und zugleich mit der wirtschaftlichen Erschließung die strategische Position der Zentralregierung zu verbessern und die Ausdehnung ihres Verwaltungsbereichs zu fördern. Ist so diese systematische Stärkung Chinas der wirksamste Gegenzug gegen die englischen und amerikanischen Interessen bedrohende Expansion Japans, so kommt andererseits die jüngste japanische Entwicklung gleichfalls England zu Hilfe. Die Folgen der militaristischen Diktatur bleiben auch Japan nicht erspart. Die Finanzen sind heillos zerrüttet, die Währungslage wird trotz aufeinanderfolgender Devaluationen immer kritischer, die Steuerlast ist erdrückend und die Lage der bäuerlichen Massen verschlechtert sich zusehends. Das Ministerium Hayashi, der Exponent einer Politik, die eine Art faschistischer Militärdiktatur anstrebte, hat bei den letzten Wahlen eine Niederlage erlitten und wurde durch den Druck der parlamentarischen Parteien zur Demission gezwungen. So stark auch unter der neuen Regierung Kenosje der Einfluß der Generalität bleibt, so erscheint eine gewisse Abschwächung der aggressiven auswärtigen Politik nicht mehr außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Da die wirtschaftlichen und finanziellen Schranken sowohl der raschen Expansion über Mandschukuo hinaus nach Nordchina Hemmungen bereiten, erst recht aber einem Kriegsabenteuer gegen Rußland, so steht einer Besserung der japanischen Beziehungen mit England und den Vereinigten Staaten kein unüberwindliches Hindernis entgegen. Es ist kein Zweifel, daß zwischen London und Tokio neuerdings Gespräche aufgenommen werden, die die gefährlichen Spannungen auszugleichen suchen. Ist es auch noch zu früh, um die Erfolgsaussichten beurteilen zu können, so ist doch der Versuch, Japan aus der deutschen und italienischen Einflußsphäre herauszulösen, bedeutsam genug. Der Druck auf Rußland würde sich verringern, und ebenso die Drohung im Pazifischen Ozean, die sich sowohl gegen die strategischen Positionen Englands im Pazifik, als auch direkt gegen Teile des Empire, wie Australien, richtet. Die Bewegungsfreiheit Englands würde sich mit einem Schlage außerordentlich steigern und die Kraft seines Auftretens in Europa vermehren.

Doch wäre nichts verfehlt, als selbst von solchen Ereignissen eine schnelle Entwicklung und womöglich eine besondere Aktivität der englischen Politik zu erwarten. Denn man darf nie vergessen, daß englische Politik heute mehr denn je Empire-Politik ist und sein muß. Das englische Empire erscheint heute als ein bewundernswertes Resultat demokratischer politischer Organisationskunst. Die Dominien sind völlig selbständige souveräne Staaten, ihr Zusammenwirken beruht nur auf freier, stets zu erneuernder Entschließung. Nichts würde aber eine

solche Entschließung auf eine härtere Probe stellen als der Krieg, ein Krieg, der heute noch ganz andere Opfer und eine ungeheuer intensivere Mitwirkung von den Dominien verlangen würde als der letzte. Ein Krieg, den die Dominien nicht aus eigenem Entschlusse und aus eigener Einsicht als ihren eigenen von Anfang an begreifen und empfinden, könnte das Ende des Weltreichs bedeuten. Deshalb ist das Empire einerseits zwar eine ungeheure Kraftquelle für England, zugleich aber eine Hemmung für die Führung seiner europäischen Politik. Daher das Zögern Englands, seine Verpflichtungen in Europa auszudehnen, über den Westen hinaus Bindungen für Mittel- oder Südwesteuropa einzugehen. Das Problem »Prag« oder »Wien« oder »Belgrad« ist schon dem Durchschnittsengländer nicht so leicht klar zu machen. Immerhin wächst in England selbst die Einsicht, daß die Aufrichtung einer deutschen Herrschaft über Zentral- und Südosteuropa allein oder in irgend einer Verbindung mit Italien, zunächst Frankreich und dann England selbst den Erpressungen der so ungeheuer erstarkten deutschen Militärmacht wehrlos ausliefern würde. Denn, wie neulich ein englisches Blatt meinte, das Empire kann nicht nur im Westen erobert, es kann auch vom Osten her erschüttert werden. Aber was ist dem Manne in Kanada, Australien oder Südafrika Prag oder Wien? Daher die Anstrengungen der englischen Politik, jetzt bei der Empire-Konferenz Verständnis für diese Zusammenhänge zu schaffen und zunächst die militärische Zusammenarbeit der Dominien mit England auszubauen. Gerade die Bedrohung des Mittelmeers durch den deutsch-italienischen Angriff auf Spanien läßt die stärkere Beteiligung der Dominien an der Sicherung der See- und Flugwege um so dringender erscheinen. Dieser gelten auch in erster Reihe die Besprechungen der Empire-Konferenz, und auf diesem Gebiete erscheint ein erfolgreicher Abschluß wahrscheinlich. Aber auch das bedeutet noch nicht, daß eine aktivere, sich über ganz Europa ausdehnende Politik Englands schon den bedingungslosen Rückhalt an den Dominien fände.

Deshalb versucht England nochmals den zweiten Weg: durch das Mittel wirtschaftlicher Verständigung auch mit den Diktaturstaaten, eine neue Friedensbasis für Europa zu gewinnen. Wir werden also damit zu rechnen haben, daß die aller nächste Zeit mit neuen politischen und wirtschaftlichen Verständigungsversuchen mit den Diktaturländern ausgefüllt sein wird. Die politischen Verhandlungen beginnen mit neuen Bemühungen — den wievielen? —, den Locarnovertrag zu erneuern. Nach wie vor steht der Standpunkt Deutschlands und Italiens, einen Vertrag außerhalb des Völkerbundes zustande zu bringen, den Völkerbund damit völlig bedeutungslos zu machen und das Prinzip der kollektiven Sicherheit endgültig zu vernichten, schroff dem englisch-französischem gegenüber, die Entscheidung über den Angreifer dem Völkerbund vorzubehalten, und Italien und Deutschland in den Völkerbund zurückzuführen und dadurch zu binden.

Eine Verständigung müßte ausgeschlossen erscheinen, würde nicht England die Erwartung hegen, daß die finanzielle und

wirtschaftliche Situation der beiden Diktaturen sie doch schließlich zu einem Nachgeben bestimmen könnten. Daher gleichzeitig das englische Vorgehen auf wirtschaftlichem Gebiet. Van Zeeland, der augenblicklich in Amerika weilt, soll feststellen, wie weit die Vereinigten Staaten zu einer wirtschaftlichen Mitwirkung, die indirekt ja auch eine politische wäre, in Europa bereit sind. Denn England ist entschlossen, nichts ohne die Vereinigten Staaten zu unternehmen. Es will also versuchen, zunächst die eigenen Wirtschaftsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten zu ordnen, aber mit dieser Ordnung, wenn irgend möglich, auch die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland und Italien auf eine neue Grundlage zu stellen und so zu einer Normalisierung und Stabilisierung der internationalen Wirtschaft zu gelangen.

So illusionär dieser Plan klingt, England scheint dabei auf gewisse Strömungen in der deutschen Wirtschaft zu rechnen. Jedenfalls hat Schacht in den Besprechungen mit van Zeeland und dessen Abgesandten Frère deutsche Bedingungen für eine Verständigung, wie sie sich die deutsche Diktatur vorstellen mag, genannt. Es sind, wie man über Brüssel erfährt, ökonomische Bedingungen: große langfristige Kredite, Exporterleichterungen für Deutschland und eine internationale Stabilisierung der Währungen, mit der auch eine Herabsetzung des Marktwertes verbunden wäre. Dazu politische Bedingungen: die Zurückgabe wenigstens einer Kolonie, und zwar Kameruns, und die Streichung des Artikels 16 des Völkerbündspaktes, der die kollektive Sicherheit und die gegenseitige Unterstützung im Falle eines Angriffs garantiert. Auch Italien hat trotz des jüngsten Autarkiebekenntnisses Mussolinis, seine Mitwirkung in Aussicht gestellt, im Falle der Gewährung ausgiebiger Anleihen, deren es sowohl für die Sanierung seiner gefährlichen inneren Wirtschaftslage als für die Erschließung Abessinians dringend bedarf.

Man sieht, es handelt sich, wenn die Diktaturländer von Wirtschaft sprechen, immer wieder um Politik, und es sind bezeichnenderweise dieselben politischen Hindernisse, die sich dem Abschluß des Locarnovertrages ebenso entgegenwürfen, wie dem Abschluß von Wirtschaftsverträgen. Auf Seite der Demokratie — das gilt ebenso für die Vereinigten Staaten, wie für England und Frankreich — ist aber die wirkliche Friedenssicherung einschließlich einer kontrollierten Rüstungsbegrenzung die unumgängliche Bedingung für die Gewährung wirtschaftlichen Bestandes, da sie ja sonst das Risiko liefen, daß über kurz oder lang die Wirtschaftshilfe nur dem Kriegspotential der Diktaturen zugute käme, besonders wenn noch die letzten Reste kollektiver Friedenssicherung dahinfiele. Aber es scheint, daß dieser Umweg, die Unvereinbarkeit der Existenz der Diktaturen mit Friedenssicherung und wirtschaftlicher Zusammenarbeit festzustellen, uns angesichts der Bindungen Englands an das Empire nicht erspart bleiben wird. Erst nach seinem Scheitern wird sich die vergrößerte Macht Englands auf das europäische Schicksal zur Geltung bringen.

Dr. Richard Kern.

eigentlich 1937 eingesetzt. Das Institut gibt selbst zu, daß bereits 1935 von vorhandenen Lagern gezehrt worden ist. Es heißt darüber:

»Die Rohstoffvorräte hatten sich besonders im Jahre 1934 kräftig erhöht; damals fanden umfangreiche Voreindeckungen vor allem an ausländischen Rohstoffen statt. Seit 1934 ist aber die Zunahme nur noch gering; sie drückt wohl die inzwischen eingetretene Erhöhung der Rohstoffpreise am Weltmarkt aus.«

Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Statistik sich nicht auf alle Unternehmungen, sondern nur auf Aktiengesellschaften bezieht, und von diesen auch nur auf einen geringen Teil, also wohl nur auf die größten, die über ein überdurchschnittliches Maß an Devisen verfügen, also bei der Rohstoffbeschaffung bevorzugt sind. Schließlich wird noch festgestellt, daß in der Zeit von 1932

bis 1935 der Wert der Rohstoffvorräte nur um 13 Prozent, die Vorräte von Halbstoffen um 64 Prozent zugenommen haben. Die Rohstoffvorräte waren also der Menge nach noch hinter denen des schlechten Konjunkturjahres 1932 zurückgeblieben, die Steigerung der Produktion ging auf Kosten der Vorräte. Bei den wenigen Industriegesellschaften, die bisher ihre Bilanzen für 1936 veröffentlicht haben, waren im abgelaufenen Jahre die Werte der bei ihnen lagernden Rohstoffe nur um 4 Prozent, der Halbstoffe um 17 Prozent gestiegen. »Die Rohstoffvorräte einschließlich der Halbstoffbestände in den verarbeitenden Industrien werden«, meint das Institut, »um 4 v. H. größer ausgewiesen als 1935, doch ist die inzwischen eingetretene Verteuerung vor allem der aus-

ländischen Materialien zu berücksichtigen. Mit anderen Worten: die Zunahme um 4 Prozent ist nur eine der Preise, nicht der Mengen. Daß diese nicht zu-, sondern abgenommen haben, sagt das Institut selbst:

»Im übrigen sind die Bestände der Grundstoffindustrien an Rohstoffen voriges Jahr wertmäßig kaum noch gestiegen und mengenmäßig zurückgegangen.«

1937 hat sich das Tempo des Lagerchwundes zweifellos verschärft. Das Institut beweist also etwas ganz anderes, als es hat beweisen sollen und wollen. Es bleibt dabei, »daß der Lagerabbau der Unternehmungen die anhaltende Flüssigkeit der Kreditmärkte hervorgerufen hat, daß also die scheinbare Vermehrung des Kapitals ein Zehren an der Kapitalsubstanz ausdrückt.
G. A. F.

Was geht in Sowjetrußland vor?

Im New Yorker »Forward« sind Unterredungen mit drei in Sowjetrußland lebenden Russen veröffentlicht, die über die ungeheuer zugespitzten Verhältnisse in der Sowjetunion viel Aufschlußreiches enthalten. Obwohl die Unterredungen etwa zwei Monate zurückliegen, lesen sie sich wie eine Antwort auf die Frage, wo die Triebkräfte der neuen Terrorwelle in Sowjetrußland zu suchen sind. Es sind drei verschiedene gesellschaftliche Typen, die hier ihren Standpunkt zu der Krise der Sowjetunion zum Ausdruck bringen. Aber eben deshalb geben ihre Äußerungen in ihrer Gesamtheit ein Spiegelbild der Strömungen, von denen die Sowjetunion in der jetzigen Verfallsperiode der Diktatur zerrissen wird.

Der »neue Nationalist«

Der erste der vom Berichterstatter befragten Sowjetrussen ist ein Ingenieur, der sich selbst als »parteiloser Bolschewist« bezeichnet. In politischer Hinsicht ist er voll und ganz das Produkt der zwanzigjährigen Diktaturperiode in der Sowjetunion. In gesellschaftlicher Hinsicht bringt er den prinzipiellen »Amerikanismus« der neuen herrschenden Schicht, der Techniker und Bürokraten, mit naiver und brutaler Ignoranz zum Ausdruck. Er billigt vollkommen die Erschießungen der »alten Bolschewisten« und stellt dem von ihnen verkörperten »Kommunismus« den neurusischen Nationalismus entgegen, als dessen Verkörperung ihm die Politik Stalins erscheint. Dieser »parteilose Bolschewist«, der selbst von sich sagt, daß er »sich mit Politik nicht beschäftigt«, der aber gleichzeitig dem Terror-Regime Stalins und seinen wirtschaftspolitischen Experimenten uneingeschränkt Beifall zollt, weist in vielen seiner Äußerungen eine verblüffende Ähnlichkeit auf mit den jüngern Hitlers und Göbbels, er ist, wenn man so sagen darf, ein Repräsentant des rotangestrichenen Faschismus, der — sicherlich gegen den Willen der kommunistischen Diktatoren selbst — in einen Teil der amerikanisierten, entgeistigten, zu Strebern und Duckmäusern degradierten russischen Jugend, insbesondere aber in die Reihen der Techniker und Bürokraten eingedrungen ist. Aufschluß darüber gibt seine Antwort auf die Frage, ob er dem Feldzug Stalins gegen die alten Bolschewisten, gegen Trotzki und die Trotzkiisten Beifall zolle.

»Natürlich — erwidert er — zolle ich ihm aus vollem Herzen Beifall. Unter der Fahne des Kampfes gegen den Trotzkiismus und gegen Trotzki geht hier ein Kampf gegen den Kommunismus selbst sowohl als Theorie wie als Weltanschauung vor sich. Deshalb sind Millionen Menschen in Rußland für Stalin. Er säubert das Land von überflüssigen, veralteten Ideen und von jenen Menschen, die ihnen anhängen. Die Kommunisten begreifen das. Er hat sie an der Gurgel gepackt und deshalb hassen sie wahnsinnig, brennend Stalin. Sie kämpfen für veraltete Ideen und für ihre eigenen Privilegien. Es sind reaktionäre Kommunisten. Wenn sie könnten, hätten sie Stalin schon längst ermordet. Sie hätten das schon oft tun können. Aber wenn die Attentatsversuche gegen Stalin fehlschlagen, so nur deshalb, weil sie selbst Feiglinge geworden sind. Die Kommunisten fürchten, Stalin zu erschießen, weil sie genau wissen, daß wir parteilose Bolschewisten am Tage nach der Ermordung Stalins gegen die »kommunistischen Genossen« einen solchen Pogrom inszenieren würden, daß tausende mit zerschmettertem Schädel liegen bleiben würden.«

»Sie sehen also im Kampfe Stalins gegen den Trotzkiismus den Kampf der nationalen Idee gegen die Idee des internationalen Kommunismus?«

»Natürlich. Viele sehen das nicht und begreifen nicht, was sie in der Tiefe ihrer Seele instinktiv fühlen. Deshalb verspüren wir auch während der Prozesse gegen die Trotzkiisten keinerlei Mitleid mit ihnen.«

»Finden Sie nicht, daß Stalin im Kampfe um seine Machterweiterung, gegen seine gestrigen Genossen, sich in einen selbstherrlichen Zaren verwandelt hat?«

»Auf diese Frage kann ich nicht antworten... Ich beschäftige mich nicht mit Politik.«

»Sie sagten, daß der Kommunismus stirbt und daß man sich schnellstens von ihm befreien müsse. Soll das heißen, daß man den Kapitalismus wieder herstellen,

die Kolchosen vernichten, das Privateigentum an den Fabriken und Werken wieder herstellen soll?«

»O nein, nichts davon! Die Fabriken und Werke sind Nationaleigentum geworden und es gibt unter uns niemanden, der sie in Privatbesitz überführen wollte. Das würde der Idee jenes neuen Nationalismus vollkommen widersprechen, der sich bei uns in all diesen Jahren entwickelt hat. Natürlich wird sich späterhin zeigen, was man in der Wirtschaft unseres Landes ändern muß, aber die Nationalisierung wird für ewige Zeiten die Grundlage unserer Wirtschaft bleiben. Einmal, um das Jahr 1920 herum, war die Parole verbreitet: Es lebe die Sowjetgewalt ohne Kommunisten. Im Grunde genommen sind wir jetzt zu derselben Parole gelangt. Man muß alle wirtschaftlichen Grundlagen des neu aufgebauten Lebens aufrecht erhalten, aber gleichzeitig den Kommunismus beseitigen. Man muß die Idee der Partei, die Idee des Klassenkampfes vernichten, man muß diese veralteten Theorien, die zum Klassenkampf und zur Parteiherrschaft aufrufen, aus den Gehirnen der Menschen mit glühendem Eisen ausbrennen. Man muß an ihre Stelle den Gedanken der Nation, das Interesse der Nation, ohne Trennung in einzelne Klassen setzen. Das ganze Land strebt bewußt oder unbewußt dahin und wenn dem so ist, so hat der alte Kommunismus keinen Platz mehr...«

Der zweite der befragten Sowjetrussen ist ein alter Bolschewist, der noch

Der alte Bolschewist

vor der Revolution der Partei angehörte. Auf die Frage, was eigentlich in Sowjetrußland vor sich gehe, antwortete er:

»Von Stufe zu Stufe sind wir, nach Vernichtung aller Grundsätze der innerparteilichen Demokratie, bis an den Rand des Abgrundes gelangt. Wir alten Bolschewisten befinden uns jetzt in der Lage von Menschen, die von Feinden belagert sind. Je älter man ist und je mehr revolutionäre Verdienste man in der Vergangenheit aufzuweisen hat, desto anrüchlicher ist man in den Augen Stalins. Immer mehr sucht Stalin sich von solchen Leuten zu befreien. Unter dem Vorwand der politischen und moralischen Säuberung der Partei mordet Stalin die Partei. Er zerstört das Zentrum der Partei, angeblich weil es einen »Sumpf« darstellt, aus dem unfähige Verwaltungsbeamte und speichel-leckerische Streber hervorgehen. Er mordet den rechten Flügel der Partei, geführt von Bucharin, Rykow und Tomski, unter dem Vorwande, daß sie »Rechte« seien. Er vernichtet den linken Flügel der Partei unter dem Vorwande, daß er mit den Trotzkiisten verbunden sei, die ihrerseits wiederum angeblich mit den deutschen Faschisten liiert seien. Das Endergebnis ist, daß Stalin sowohl das Zentrum der Partei, wie ihren rechten und linken Flügel vernichtet hat... Was bleibt denn dann von der ganzen Partei übrig? Niemand außer Stalin allein. Stalin mordet die Partei und brüllt gleichzeitig, daß sie regeneriert und verstärkt werden müsse. Wenn man tagein, tagaus seine Handlungen verfolgt und feststellt, daß er heute das bespuckt, was er gestern noch als Wahrheit betrachtete, so fragt man sich immer häufiger, ob nicht jene recht haben, die behaupten, daß Stalin krank sei und dem Wahnsinn anheimfalle. Zahlreiche Tatsachen zeugen davon, daß sein Größenwahn, sein Mißtrauen, sein Haß gegen alle, die ihn nicht als größtes menschliches Genie anerkennen, alle Grenzen des Möglichen überschritten haben und anormal geworden sind. Hier sind alle Anzeichen einer psychischen Krankheit vorhanden. Ähnliche Gerüchte sind zum ersten Male im Mai 1936 aufgetaucht. Berücksichtigen Sie bitte, daß Personen, die Stalin sehr nahe stehen, die Annahme und sogar die Ueberzeugung teilen, daß er psychisch krank ist. Natürlich wagt niemand, aus Angst für sein eigenes Leben, offen darüber zu sprechen. Jeden Tag produziert das kranke Gehirn Stalins neue Ueberraschungen. In seinem Handlungen ist weder Logik, noch Sinn, noch Konsequenz, noch ein klares Ziel zu erkennen. Heute das eine, morgen das andere. Niemand kann heute sagen, was morgen kommen wird. Wenn Sie mir sagen, daß Stalin morgen große religiöse Prozessionen in den Straßen Moskaus, auf dem Roten Platz gestatten wird, werde ich es glauben. Aber wenn Sie mir sagen,

daß er nach Erteilung dieser Genehmigung den Befehl geben wird, diese Prozessionen mit Maschinengewehren zu beschießen, so werde ich das ebenfalls glauben. Wir sind in die Periode der unglaublichsten Ueberraschungen eingetreten. Alles ist möglich geworden. Und meine Meinung ist die: Entweder wird Stalin von einer dunklen Macht gelenkt, die er selber nicht kennt, oder er ist einfach dem Wahnsinn verfallen...«

Ein abseits stehender Beobachter

Die dritte Unterredung fand mit einem abseits stehenden »Beobachter« statt, der außerhalb des Getümmels der vor sich gehenden Kämpfe das Wesen Sowjetrußland zu ergründen sucht. Seine Ausführungen sind um so bemerkenswerter, als er weniger von einzelnen führenden Persönlichkeiten, als von großen gesellschaftlichen Kräften spricht. Wir geben seine Ausführungen wenig gekürzt wieder:

»Das charakteristische Merkmal des Lebens der Sowjetunion ist das völlige Fehlen irgendwelcher organisierten gesellschaftlichen Kräfte oder politischer Organisationen. Es existiert ein allmächtiger Kreml, der selbstherrlich alles beherrscht, und außerhalb des Kremels herrscht eine gähnende Leere. Tot und jedes inneren Lebens bar sind die Gewerkschaften, deren gesamte Tätigkeit darin besteht, daß die dort sitzenden Beamten die Pflichtbeiträge der Arbeiter einkassieren. Absolut tot ist die kommunistische Partei, die vor der Bevölkerung endgültig kompromittiert ist durch die letzten Prozesse, in denen die angesehensten Kommunisten, die Mitkämpfer Lenins, als Faschisten und Landesverräter figurieren. Die mächtige Organisation der GPU war schon längst von Fäulnis ergriffen, und die jetzige Beseitigung Jagodas, ihres früheren Chefs, und alles, was in Verbindung damit zutage gefördert wurde, wird die Zersetzung der GPU nur noch beschleunigen.

Tot sind die örtlichen Sowjets; ihre Autorität schwindet in demselben Maße, wie die Autorität der kommunistischen Partei, deren Organe sie waren, sinkt.

Auf diesem Hintergrunde ist in der Sowjetunion eine neue Kraft entstanden — die Armee. Heute ist die Armee in der Sowjetunion die einzige organisierte Macht, die moralisch und politisch nicht kompromittiert ist. Unter den herrschenden internationalen Verhältnissen, angesichts des drohenden Krieges mit Japan und Deutschland, befestigt sie mit jedem Tage ihre Autorität. In demokratischen Ländern spielt die Armee keinerlei politische Rolle... In Ländern dagegen, die der demokratischen Einrichtungen und Freiheiten beraubt sind, hat die Armee stets eine ungeheure Rolle gespielt... Es ist charakteristisch, daß in Polen und Japan die ganze politische Energie in den militärischen Organisationen konzentriert ist. Auch in Deutschland ist die Armee heute die einzige politische und technisch organisierte Macht. Hitler ist der Gefangene der Armee geworden. Ihr gegenüber ist er machtlos.

Derselben Lage nähert sich auch die Sowjetunion. Ich sage nicht, daß Stalin schon heute ein Gefangener der Armee ist, aber eines ist klar: Ob Stalin Diktator bleibt oder ob jemand anderes an seine Stelle tritt, in ziemlich naher Zeit wird die politische Leitung des Landes de facto in die Hände der Armee übergehen, wie das in Deutschland, in Polen, in Japan der Fall ist. Diese Entwicklung ist unvermeidlich. Aus dieser Lage gibt es nur zwei Auswege: Entweder erfolgt der energische Aufbau demokratischer Einrichtungen, die fähig sind, das Land zu verwalten, oder es kommt der Uebergang der Macht in die Hände der Armee. Die Diktatur Stalins stütze sich bisher auf die Partei und auf die GPU. Aber diese beiden Stützen sind verfault. Ihm bleibt nunmehr nichts anderes übrig, als sich entweder auf das Volk zu stützen (was er zum Teil versucht), oder auf die Armee. Die sowjetrussische Armee befaßt sich gegenwärtig nicht offen mit der Politik. Aber ob sie es will oder nicht, in kurzer Zeit wird sie unvermeidlich in die Politik hineingezogen werden, die sie zunächst hinter dem Rücken des Kremels, d. h. geheim, und dann auch offen betreiben wird. (Die jüngsten Ereignisse liefern einen verblüffenden Beweis für die Richtigkeit dieser Prophezeiung. Red. d. »N. V.«.)

Letzten Endes wird die Haltung des Kremels bestimmt werden von den Forderungen der Armee. Man kann schon heute Dutzende der wichtigsten Gesetze und Dekrete nennen, die voll und ganz von militärischen Erwägungen diktiert sind, und die darauf hinzielen, die Armee zu stärken und ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Die zunehmende politische Bedeutung der Armee findet ihren Ausdruck in der Tatsache, daß als zweite führende Persönlichkeit im Lande neben Stalin, der Chef der sowjetrussischen Armee Woroschilow hervortritt. In letzter Zeit sind vor ihm sowohl Molotow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, wie auch Kaganowitsch in den Hintergrund getreten, der noch vor kurzem als rechte Hand Stalins angesehen wurde. An und für sich stellt Woroschilow nichts Bedeutendes dar. Es ist eine sehr schwächliche Figur, mit der bisher niemand ernstlich gerechnet hat. Aber der Umstand, daß sich hinter seinem Rücken eine neue gewaltige politische Kraft, nämlich die Armee, formiert, verleiht ihm eine außerordentlich große Bedeutung. Wenn Stalin das auch nicht verstandesmäßig begreift, so spürt er das. Mit seinem ungewöhnlich starken, fast tierischen Instinkt fürchtet er Woroschilow. Man kann sogar sagen, daß der einzelne Mensch, den er fürchtet, Woroschilow ist. Das zeigte sich schon vor zwei Jahren, als es sich darum handelte, den Marschallsrang einzuführen. Ursprünglich sollte bloß Woroschilow diesen höchsten Rang erhalten, aber Stalin spürte sofort, daß dadurch die Stellung Woroschilows besonders erhöht werden würde, und er bestand deshalb unter verschiedenen Vorwänden darauf, daß der Marschallsrang auch Jegorow, Tuschschewsk (!) und Blücher verliehen wurde, was keineswegs nach dem Geschmack Woroschilows war.

Heute kann man noch schwer voraussagen, welchen politischen und sozialen Stempel die neue Macht, die Armee, dem Lande aufprägen wird. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß sie der Sowjetunion in noch stärkerem Maße einen national-russischen Charakter verleihen wird, aber welche Änderungen sie in andere Gebiete, insbesondere in das Wirtschaftsleben hineinbringen wird, ist noch unklar. In der Armee sind diese Fragen noch nicht aufgerollt worden, die Aufmerksamkeit der Armee wird heute von Fragen des nationalen Prestiges und der militärischen Technik in Anspruch genommen. Eines jedoch unterliegt keinem Zweifel: Die persönliche Diktatur Stalins in der Sowjetunion macht heute eine Krise durch. Davon zeugen die letzten Prozesse, die Intrigen, die Verschörungen, die Zersetzung der kommunistischen Partei, die Fäulnis der GPU. Irgend eine Palastrevolution im Kreml könnte unter diesen Umständen zu einer furchtbaren Anarchie, zu einem blutigen Chaos im Lande führen. Aber was auch im Kreml vor sich gehen sollte, die neu organisierte Kraft, die Armee, wird weder Anarchie, noch Chaos und Unruhen zulassen.«

Gen England wollen sie reiten

In der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« wurde vor einiger Zeit der Vorschlag gemacht, England möge seine größere Anzahl Mitglieder der drei Parteien des Unterhauses nach Deutschland schicken. Sie sollten alles sehen, was sie zu sehen wünschten und sollten sich endlich einmal ein richtiges Bild vom Dritten Reich machen.

Die »Times« reagierte sauer auf diese Einladung. Sie warnten vor solch einer Bekehrungsreise und sprachen von Potemkinschen Dörfern. Nun läßt die DAZ in ihrer Nummer 266 den Verfasser des Propagandaartikels also antworten:

»Vielleicht aber kann man doch nach dem Prinzip des steten Tropfens allmählich selbst gegen die Absicht der heute maßgebenden dortigen Kreise, eine richtigere Kenntnis in diesem Lande über Deutschland erreichen, das Ziel lohnt wirklich die schwere Arbeit.«

Wenn in England der Aufruf erginge, nach Deutschland hinein Propaganda zu treiben und die Staatsbürger gegen die Absicht der heute maßgebenden Kreise über irgendwelche Vorgänge in der Welt (z. B. über Wesen, Wert und Absichten der westlichen Demokratien) zu unterrichten — das Geschrei möchten wir hören!

Gegen die Diktatur der Lüge

Die Moskauer Prozesse sind eine unkeusche intellektuelle Zumutung an den internationalen Sozialismus. Die Sowjetpropaganda verlangt, daß denkende, politisch erfahrene Menschen sich diesen Wust von Lügen und dreisten Erfindungen, von erprobten Geständnissen wider ihren eigenen Verstand zu eigen machen, sie decken und womöglich noch weiter verbreiten sollen. Sie verlangt das Opfer des intellektuellen Gewissens und der geistigen Persönlichkeit. Die kommunistischen Parteien aller Länder und ihre Organe benutzen die Reaktion auf die Moskauer Prozesse zu einer Zensurierung und Zerteilung der Sozialisten. Wer nicht glaubt, daß die Moskauer Geständnisse echt und die Behauptungen der Stalinischen Diktatur die reine Wahrheit sind, an der keinerlei Zweifel zulässig ist, der wird als »Trotzkist«, als Helfershelfer Hitlers und Francos bezeichnet. In anderer Form feiert die ruchlose Beschimpfung freihetlich und demokratischer Sozialisten als »Sozialfaschisten« eine Auferstehung. Die kommunistischen Parteiorgane scheinen angewiesen worden zu sein, diese Moskauer Prozesse zu einer allgemeinen Volkszählung der unbedingten Knechte der Stalinischen Diktatur zu benutzen. Die frechen Beschimpfungen, mit denen sie jedem überschütten, der es wagt, seine kritische Stimme zu erheben gegen das Tollhaus dieser Prozesse, wie überhaupt die Methoden des intellektuellen Terrors passen schlecht zu der angeblich neu aquirierten demokratischen Gesinnung. Die Machthaber von Moskau scheinen zu glauben, daß angesichts der Rolle, die Sowjetrußland seit Mitte 1934 in der europäischen Politik spielt, jeder Sozialist in Europa zum Gefangenen, ja zum Knecht der Stalinischen Politik werden müßte. Sie scheinen daraus für sich eine Immunität gegen sozialistische Kritik herleiten zu wollen. Sie haben bei einer gewissen Zwischenschicht politisch unerfahrener oder gesinnungsmäßig wurzelloser Intellektueller mit diesem Versuch geistiger Terrorisierung und Erpressung gewisse Erfolge hervorgerufen.

Im großen aber ist der Versuch, die europäischen Sozialisten auf das Niveau von kommunistischen Parteifunktionären herunterzudrücken, die jede Moskauer Lüge für eine unfehlbare Wahrheit erklären müssen, vollständig mißlungen. Dieser Versuch hat nur Entrüstung und Verachtung hervorgerufen, er hat die kommunistischen Parteifunktionäre noch tiefer in die Schande hineingedrückt, weil sie Dinge verteidigen müssen, die kein einziger Mensch in Europa glaubt, und sie selber auch nicht. Dieser Versuch hat aber auch den Klärungsprozeß bei vielen beschleunigt, die in den letzten Jahren den politisch-geistig-moralischen Zusammenbruch der Komintern und der ihr angeschlossenen kommunistischen Parteien zu ahnen begonnen hatten. Ein Zeugnis dafür ist das Buch des früheren Herausgebers der Weltbühne, Willi Schlamm, »Die Diktatur der Lüge«.

Der Verfasser hat das Buch eine Abrechnung genannt. Es ist es im mehrfachen Sinne; denn es ist zugleich die Abrechnung eines Mannes mit seiner eigenen politisch-geistigen Entwicklung, der es fühlt, daß er auf dem Wege zur Wahrheit an einem Ruhepunkt angelangt ist durch Erkenntnis und Bekenntnis der elementaren sittlichen Grundlagen des Sozialismus. »Man kommt zu ihr, manchmal auf zermürbenden Umwegen, nach ausdörrenden Parteibenteuern und Fraktionsdisputen — aber einmal kommt jeder zu ihr, dem es ernst gewesen ist.« Weil es ihm ernst war, hat er sich von den Kommunisten die Beschimpfung »Renegat« zugezogen, — von jenen, die ein persönliches intellektuelles Gewissen nicht anerkennen dürfen, weil sie damit die Grundlage ihrer eigenen geistigen Knechtexistenz in die Luft sprengen würden. Sein Buch richtet sich ja direkt gegen sie — gegen den intellektuellen Terror, dem sie sich unterwerfen. Es ist eines jener Bücher, die eine erlebte Wahrheit, eine schmerzlich-errungene Wahrheit wiedergeben. Es sind eine Reihe solcher Bücher erschienen, seitdem der Sieg der totalen Diktatur in Deutschland eine tiefe geistige Erschütterung hervor-

gerufen hat. Es sind Bücher, in denen sich jene aussprechen, die die tiefe Kluft zwischen ihrem sittlich fundierten revolutionären Idealismus und der sowjetrussischen Wirklichkeit empfunden haben. Es ist auch ein Zeichen der Zeit, daß für solche Bücher heute kaum Verleger zu finden sind, und daß gegen sie sofort der Terror des Moskauer offiziellen und offiziellen Schrifttums mobil gemacht wird. Damit hat freilich zu jeder Zeit jeder rechnen müssen, der die Wahrheit sagen wollte, nur um der Wahrheit willen. Solche Bücher, die zugleich Kampf- und Bekenntnisliteratur sind, sind deshalb wertvoll, weil sie das persönliche Ringen um die Wahrheit und die Empörung über das Böse unmittelbar erkennen lassen.

Das Buch von Schlamm geht aus von einer analytischen Kritik der Moskauer Prozesse, und diese Kritik ist vernichtend. Aus dieser Kritik heraus wächst eine Untersuchung der Verhältnisse in Sowjetrußland und des geistig-moralischen Zustandes der kommunistischen Partei. Hier wird mit treffenden Beobachtungen die völlige Entartung der sozialistischen Idee im Stalinismus aufgezeigt. Der despotischen Praxis des Stalinregimes stellt der Verfasser sein Bekenntnis zum freihetlichen Sozialismus entgegen:

»Wir sind Sozialisten geworden, weil wir es nicht zu ertragen vermögen, daß Menschen von Menschen zertreten werden. Wir sind Sozialisten geworden, weil wir die Verödung und Vernichtung der menschlichen Kultur nicht zu ertragen vermögen. Wir sind Sozialisten geworden, weil wir Freiheit und Würde und Selbstverfügung des Menschen als höchste Lebenswerte begriffen haben. Kurz, wir sind Sozialisten geworden, weil wir der Gegenpol dessen sind, was sich im Faschismus kumuliert hat.« (S. 143/44.)

Diese humanistische Grundlage des Sozialismus ist sein Lebenselement — die Zerstörung dieser höchsten Lebenswerte durch den Kapitalismus ist der Ausgangspunkt der sozialistischen Kritik. Der junge Marx geißelte die Verödung und Vernichtung der menschlichen Kultur, als er von der »Entmenschlichung des Menschen« sprach. Es ist der Zentralpunkt der Schlammischen Kritik — wie der Kritik des freihetlichen Sozialismus am Kommunismus in seiner russischen Gestalt überhaupt — daß er den Stalinismus, die Schändung der Freiheit und Würde des Menschen, die Entpersönlichung, kurz die »Entmenschlichung des Menschen« vorwirft:

»Am kranken Körper der menschlichen Gesellschaft hätte die kapitalistische Wunde operiert werden sollen. Dazu wurde ein bestimmtes Instrument gebraucht: die sozialisierte, technisch entwickelte Wirtschaft. Mit dem gleichen Instrument, gerät es in die Hände machtvoller Tyrannen, kann der menschlichen Gesellschaft alles höher organisierte Leben herausgeschnitten werden. Die moderne Technik ist ein Instrument von furchtbarer Wirksamkeit. In den Händen freihetwilliger Sozialisten könnte dieses Instrument der menschlichen Gesellschaft die Erlösung von den wirkendsten äußeren Uebeln bringen. In den Händen totalitätsbesessener Tyrannen muß es alle Lebenswerte vernichten. Das Instrument geriet in solche Hände. Nichts anderes ist der Ereignishalt unserer schauervollen Epoche. Den Diktaturen ist gemeinsam, daß in ihnen das Mittel den Zweck, das Instrument die Idee, die Macht das Leben tötet.« (S. 146/47.)

»Eine total lenkbare, jeglicher eigenen Regung total entblödete Masse befindet sich in der Macht eines totalitären jeglicher Kontrolle entzogenen Apparats. Daß sich die einzelnen Atome dieses Ganzen in ihrer standardisierten Haut subjektiv wohl fühlen können, ändert gar nichts an der hasenswerten Monstrosität des Zustandes; die mit unheimlicher Geschicklichkeit produzierte freiwillige Zustimmung von Millionen junger Deutscher zum Lebenszustand des Dritten Reichs läßt uns ja keinen Augenblick lang in unserer Todfestschaft gegen diese Schändung aller humanitären Werte schwach werden. Und ebensowenig dürfte unser Urteil durch die Erwägung gemildert werden, Stalin wolle eigentlich etwas ganz anderes als die heutigen russischen Zustände; ohne

Frage will auch Hitler »subjektiv« das größtmögliche Glück für das deutsche Volk — aber er verwirklicht eine Lebensform, gegen die jegliches Gefühl für menschliche Sauberkeit elementar aufbegehrt. Nicht das ist wichtig, was Stalin wollen mag; entscheidend ist, was er realisiert. Wie ja Sozialisten überhaupt nun endlich einmal mit der ideellen Inflation aufhören sollten, die das pure Gold einer guten und wachen Gesinnung durch ungedeckte Zukunftswechsel immer mehr verdrängt, nämlich durch den Trick, eine böse Gegenwart mit einer guten Zukunft zu rechtfertigen. Diese »Zukunft« ist ein frecher Moloch, dessen Gefäßigkeit keine Grenzen hat; jedes Stückchen heutiger Freiheit, das ihm geopfert wird, bedeutet nicht ein größeres Stück morgiger Freiheit, sondern das genaue Gegenteil. Diese »Zukunft« ist ein Faß ohne Boden — und es wird immer mehr Blut hineingeschüttet! Solange Generationen sich bewegen lassen, im Interesse der berüchtigten Enkel auf ihre eigene Freiheit und Menschenwürde zu verzichten, vermindern sie (und vermehren sie nicht) die Freiheitsrente ihrer Erben. Daß aus Unfreiheit durch irgendeinen mystischen »dialektischen Umschlag« irgend einmal Freiheit entsteht, ist eben bloß ein dialektischer Trick. Nur dadurch, daß sie ihre eigene Freiheit ordentlich verteidigt und vermehrt, spart eine Generation für den Freiheitschatz der Enkel. Wie viel Elend, Schmach und Gemetzel muß der Sozialismus noch erleben, ehe er gelernt haben wird, dem verschlagenen Trick vom Freiheitsverzicht »im Interesse der Zukunft« nicht mehr aufzusitzen?« (S. 153/54.)

Für diese Besinnung auf die humanistischen Grundlagen des Sozialismus, für den Gedanken, daß der Mensch um seiner selbst willen und nicht für irgend einen gefräßigen Moloch oder den Machtwahn von Diktatoren da ist, haben die linientreuen Kommunisten trotz aller modischen Bekenntnisse zur Demokratie kein Verständnis. Einer von ihnen hat die ganze

geistige Unsauberkeit, die grauenhafte Unwissenheit und die Abwesenheit jeder wahrhaft sozialistischen Gesinnung bei sich und seines gleichen offenbart, indem er unterstellte, Schlamm habe die oben zitierten Sätze gegen die Verödung der menschlichen Kultur durch den Kapitalismus, diese Sätze für Freiheit und Würde und Selbstverfügung des Menschen abgeschrieben aus Hitlers »Mein Kampf« und diese Sätze seien die Quintessenz des Faschismus...

Aber diese Bestätigung der Schlammischen Kritik an der Diktatur der Lüge mußte ja kommen. Wer konnte denn glauben, daß eine Diktatur, die Moskauer Prozesse macht, einer prinzipiellen geistigen Kritik mit der Achtung vor der schwer errungenen Wahrheit des Kritikers entgegenzutreten würde? In den haßerfüllten Antworten, die das Schlammische Buch in der kommunistischen Presse gefunden hat, ist die innere subjektive Unwahrhaftigkeit seiner Kritiker besonders stark hervorgetreten. Hier liegt ein besonderes Verdienst dieses Buches! es hat ebenso wie das Buch von André Gide zu einer Selbstenthüllung der intellektuellen Knechtsseelen in den kommunistischen Parteien geführt. Der intellektuelle Terror, der zur Preisgabe jeder eigenen Meinung zwingt, die Verleugnung echter Gesinnung, kurz, die Diktatur der Lüge ist bei den kommunistischen Parteien so sehr in Blüte wie jemals zuvor. Zur gleichen Zeit aber wollen sie glauben machen, daß sie Vorkämpfer der Freiheit seien, bereit, sich mit dem demokratischen freihetlichen Sozialismus zu verbünden im Kampfe um die Freiheit. Aber wo ist die geistige Grundlage für ein solches Bündnis, wenn jede Stimme des Bekenntnisses zum freihetlichen Sozialismus, zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit terroristische Haßausbrüche der Diktatur der Lüge hervorruft?

Max Klingler.

Um das Obe des Führers

Leni Riefenstahl von der Gegenclique erledigt

Eine geflüsterte Skandalaffäre macht wieder einmal die Runde durch Deutschland. Der Filmstern Leni Riefenstahl ist mit Getöse aus den höchsten Gefilden in die tiefste Versenkung gestürzt. Die — in Künstlerkreisen besonders rasch zirkulierende — Flüsterzeitung und die von ihr orientierte

Auslandspresse stellen den Vorgang so dar: Gesellschaft im Hause des Reichsinnenministers Frick. Viele Filmschauspieler zählen zu den Gästen. Auch Leni Riefenstahl. Göbbels tritt ein, sagt laut und lächelnd: »Ich werde wohl sofort wieder gehen, denn ich pflege mich nicht in Gesellschaft von Juden aufzuhalten.« In der darauf einsetzenden peinvollen Stille — jeder der Anwesenden mag entsetzt und verlegen an irgendeiner zweideutigen Großmutter kauen — verkündet der Minister, er habe einwandfreie Beweise dafür, daß die Großeltern von Fräulein Riefenstahl Nichtarier gewesen seien. Die also Beschuldigte verläßt sofort, vom Gastgeber gefolgt, das Zimmer. Frick kommt zurück, nickt zu Göbbels hinüber — und die vor dem Zwischenfall begonnenen Gespräche werden fortgesetzt, als sei nichts geschehen. Guillotinstimmung. Draußen wartet der Schinderkarren auf den Nächsten — laßt euch nichts merken — der Tanz geht weiter. Vielleicht bei manchen Kollegen auch ein wenig Kraft durch Schadenfreude. Leni Riefenstahl ist indes vor ihrem Haus angekommen. Dort findet sie einen SS-Lastwagen, mit all ihren Koffern bespaßt. »Wohin wünschen Sie zu reisen?« Ja — wohin — ohne Auslandspaß? Leni Riefenstahl begab sich in ein Hotel nahe bei Berlin, wo sie heute noch festgehalten werden dürfte.

Die Geschichte mag genau so, sie mag ein wenig anders verlaufen sein. Daß sie überhaupt möglich war und daß ihr knalliger Hintertreppen-Anstrich niemanden in der Welt überraschen konnte, ist eigentlich das einzig Interessante an ihr. Man stelle sich eine ähnliche Szene — die gesellschaftliche Niedermetzelung eines Gastes vor

den Augen des Gastgebers — in irgendeinem zivilisierten Lande der Welt vor. Etwa in England. Sieht man den Beleidiger nicht ordentlich als erledigten Mann aus dem Hause wanken? In Deutschland geht es längst nicht mehr um so differenzierte Regungen wie Ritterlichkeit oder Geschmack — in Deutschland geht es einfach darum, wer wen zuerst frist.

Leni Riefenstahl, von allen Lohnschreibern des Propagandaministeriums jahrelang als »geniale Schöpferin« sämtlicher Parteitagsfilme besungen, zimal mit Adolf Hitler, unzählige Male mit fast allen andern Moguln des Dritten Reiches fotografiert, Leni Riefenstahl schien schon ohne Geräusch erledigt zu sein, als ihre letzte Regieleistung den Erwartungen nicht entsprach. Um den mit viel Eifer angekündigten Olympiade-Film wurde es erst stiller, dann still, und endlich war es ein offenes Geheimnis, daß der mit phantastischen Kosten hergestellte Bildstreifen als unbrauchbar abgelehnt werden mußte. Eine Blamage für Deutschland. Wieder einmal hatte eine nationalbraune Kunstgröße versagt, sobald internationale Maßstäbe angelegt wurden.

Aber just in letzter Zeit schien eine Ehrenrettung geplant zu sein. Plötzlich tauchten Notizen und kleine Artikel in den deutschen Zeitungen auf, die darauf hinwiesen, wie schwer ein so »ungeheures Material« zu bewältigen sei, und die ein baldiges Erscheinen des sorgsam überarbeiteten Olympiade-Films ankündigten. Offenbar stand Clique gegen Clique, denn gerade, als die Riefenstahl, von der Gnadenonne gebräunt, in den Kreis der Favoriten zurückkehren wollte, beförderte sie der Propaganda höchstselbst mit soviel Getöse in den Orkus, daß es keine Auferstehung mehr gibt.

Das ist nicht die erste Hinrichtung dieser Art und wird nicht die letzte sein. Jeder, der heute in Deutschland oben ist, kann morgen mit Donnergewitter in den Keller rasein, ob er nun über eine Ahnfrau stolpert oder über die eigene Vergangenheit, über einen unvorsichtigen Ausspruch, über die Intrigen

seiner Nebenmänner oder über alles zusammen. Leni Riefenstahl interessiert uns als Mensch und als Künstlerin herzlich wenig — sie ist kein Objekt für einen großen Skandal — aber sie war eine so ausgezeichnete Mittelperson zur derzeit höchsten Stelle des Reiches, daß man sich unwillkürlich fragt: wen wollte Göbbels treffen, wen hat er getroffen, als er die Riefenstahl schlug? Welche politische Persönlichkeit wird eine Beule davontragen — und welches Ziehlind des Propagandaministeriums wird den Platz der erledigten Scheherezade einnehmen?

Es ist ein peinliches Geschäft, so schmierige Schund- und Schmutzintrigen auch nur anzurühren. Aber sie nicht beachten heißt wichtige Bestandteile der deutschen Innenpolitik, der deutschen Hofhaltung übersehen.

Das Schlüsselloch

Kürzlich brachte der »Fridericus« abermals einen Artikel gegen die große Pest des Dritten Reiches. Überschrift: »Denunzianten hinaus!« Es hieß da:

Kürzlich brachte der »Fridericus« aber: »Denn die Menschen, die sich mal über irgend etwas ärgern, die mal den Mund aufreißen, die ein paar laute, vielleicht auch unbedachte Worte aussprechen, sind noch lange nicht die schlechtesten. Die wühlen und konspirieren bestimmt nicht gegen den Staat. ... Die Schleicher aber, die Heimlichen, die sich ausschweigen und kein Wort über Angelegenheiten des Volkes und des Staates herausbringen, »denen habe ich« — wie Scherzant Lehmann zu sagen pflegte — »mächtig uff'm Visiere«. Diese Edelmannen horchen anderen zu und geben sie dann an.«

Am Schlusse folgte wieder das Wort vom größten Lump im ganzen Land. Es klingt nun wie eine Antwort auf diese Klagen, wenn die »Deutsche Wochenschau« zu demselben Thema schreibt, es sei richtiger, jemand eine Ehre zu lassen, die er vielleicht nicht verdient, als einem die Ehre abzuspochen, der möglicherweise unschuldig sei. Denn:

»Trotz aller Gegenmaßnahmen, Anweisungen und Verwarnungen der maßgebenden Stellen tauchen immer wieder noch Fälle auf, in denen aus sehr persönlichen Gründen — Konkurrenzneid, Abneigung, oder gar eigenem schlechten Gewissen — Anschuldigungen erhoben werden, deren Stichhaltigkeit sich bei näherer Betrachtung als fraglich erweist. Immerhin scheint die Periode der sinnlosen Denunziationen glücklicherweise überwunden zu sein.«

Die Betonung liegt auf der »sinnlosen Denunziation«. Was aber ist die sinnvolle? Darüber geben eben die Meinungen in der totalen Volksgemeinschaft weit auseinander. Mag schon sein, daß die Sache schwieriger geworden ist, denn sie mockern heute alle. Aber dafür hat die Gestapo neue Mittel der Bespitzelung gefunden. Vom Hauswart bis zum Hausierer. Es ist nachgewiesen, daß die Gestapo neuerdings Hausierer als Aushorcher laufen läßt und daß von jedem Haus ein Hausschlüssel bei der Polizei liegen muß. Die Periode der »sinnlosen Denunziation« scheint vorüber. Die Gestapo kann abends direkt durch die Schlüssellöcher horchen.

Heimatlose

Aus den Büchern schwarzer Schriftsteller kann man erfahren, wie ein Neger die Welt der Weißen sieht. In seinem Roman »Pao« (Europa-Verlag, Zürich) erzählt der ungarische Schriftsteller Illés Kacsér die Geschichte eines jungen Negers, erzählt das mit guter Einfühlung in die Psychologie des schwarzen Heimatlosen. Sein Held heißt Ndschangesi, stammt aus dem französischen Kongo und versucht in Paris als Schuhputzer ein Glück. Eine weiße Frau wird ihm zum Schicksal, eine amerikanische Miß, die ihn genießt wie ein dunkles exotisches Abenteuer und dann nach Amerika zurückreist. Er kann sie nicht vergessen, fährt ihr nach, sucht ihre Wege zu kreuzen und wird schließlich durch einen Lynchmord beseitigt, als er innerlich schon vor ihr los ist, ein schwarzer Schriftsteller geworden und über die leere weiße Frau hinaus gestiegen ist. Denn im Hintergrunde webt die Pao, die Pan-Afrikanische Organisation ihre Fäden, Afrika den Afrikanern. Aber auch darüber wächst Ndschangesi hinaus. Nicht nur alle Farbigen, sondern alle Menschen sind Brüder. Dafür leidet er und mit diesem Glauben an die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, stirbt er in den Händen des bezahlten und verhetzten Pöbels.

Dies bleibt das Gleichnishaftes des Romans, denn dieser Ndschangesi könnte ebenso gut Schurig heißen, könnte ein Weißer sein und im Herzen Europas für denselben Glauben verhöhnt, bespitzt, von faschistischen Bestien gefoltert und erschlagen werden.

Alles ist schon dagewesen . . .

Die Schlacht bei Brihuega im spanischen Erbfolgekrieg

Mitte März d. J., in der Provinz Guadalajara, erfochten die Truppen der spanischen Regierung den ersten großen Waffensieg in dem acht lange Monate währenden Krieg. Diese Schlacht bei Brihuega hat eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf das spanische Volk und auf das Ausland ausgeübt. Die Spanier sahen darin den ersten Beweis für die erfolgreiche Umgestaltung der undisciplinierten Milizen, die stets getrennt operierten, in ein einheitliches Volksheer; sie stellten mit Genugtuung fest, daß man endlich aus der Periode der Verteidigung in die der Offensive übergetreten sei. Vor allem aber betonten sie den moralischen Wert dieses Sieges: hier zeige sich die Überlegenheit des Menschen über die Maschine einerseits, der glühenden Vaterlandsliebe über die bloße Disziplin eines Söldnerheeres andererseits. Das Ausland aber konnte nun, nachdem Mussoinis militärisches Eingreifen dokumentarisch zu beweisen war, nicht mehr an dem Charakter des spanischen Krieges als eines nationalen Befreiungskrieges vorübersehen.

Brihuega in der Provinz Guadalajara bedeutet nun allerdings noch nicht das Ende des spanischen Krieges; sollte es aber vielleicht den Anfang vom Ende bedeuten? Diese Deutung liegt um so näher, je besser man die Geschichte Spaniens kennt. Für das Ausland zwar klingt der Name Brihuega sehr fremd, in keinem Schulbuch ist er zu finden; und doch wurde hier vor mehr als 200 Jahren eine bedeutsame Schlacht geschlagen.

Was ist Brihuega? Ein kleiner Ort im innersten Kastilien, ein friedliches Städtchen inmitten süßduftender Hügel, berühmt durch seinen goldgelben Honig, der nirgends besser als dort und in der gesamten Umgebung, der sog. Alcarria, hergestellt wird. Seine strategische Bedeutung ist heute, im Zeitalter der modernen Kriegstechnik, recht gering. Als Beobachtungspunkt für das ganze Tajuñatal war es allerdings früher sehr wichtig, weshalb es eine reiche militärische Vergangenheit aufzuweisen hat: angefangen von den Verdiensten um die Verteidigung Don Juan II., über den heldenhaften Widerstand, den es Juan von Navarra leistete, als dieser 1445 nach Kastilien eindrang, bis zu der Glorie, die es sich im spanischen Erbfolgekrieg errang. Und dieser Sieg ist es, der in den letzten Wochen in der spanischen Presse zitiert wurde, um die Parallele mit dem diesjährigen Sieg über die Italiener zu ziehen.

Um was handelte es sich bei jener Schlacht? Nach dem Tode Karls II., der kinderlos gestorben war, zerfiel ein grausamer Krieg Europa; sechs Nationen fochten in sieben verschiedenen Ländern des Kontinents und in Nord-Amerika und Indien, weil man sich nicht darüber einigen konnte, wer dem letzten Habsburger folgen sollte: der Sohn des Deutschen Kaisers, Erzherzog Karl, oder Philipp von Anjou,

Enkel Ludwigs XIV., oder sollte man lieber die Teilung des spanischen Erbes vornehmen, über die sich die damaligen Herrscher der Welt schon vor Karls Tode geeinigt hatten? Beide stammten von dem vorletzten spanischen König, Philipp IV. ab; aber obgleich dieser stets seine jüngere Tochter, Margarete von Oesterreich, als Erbin angesehen hatte, war es die ältere Tochter, deren Nachkommen Karl II., unter dem Einfluß des Sonnenkönigs stehend, kurz vor seinem Tode alle seine Reiche vermacht hatte. An diese Erbschaft aber war eine Bedingung geknüpft: Niemals sollte ein Herrscher über beide bourbonischen Königreiche herrschen!

Ludwig in seinem Hochmut wollte diese Bedingung nicht innehalten, und so vereinigten sich die mächtigsten Herrscher Europas gegen ihn. Philipp von Anjou, später König Philipp V., mußte 13 Jahre kämpfen, bis seine Nachfolge in Spanien gesichert war. Denn kurz nach seinem Einzug in Spanien drangen Interventionsheere von allen Seiten her ein: Engländer und Portugiesen von Lisabon aus, Kaiserliche von der Levante aus. Bis zum Jahre 1706 waren nicht nur alle Außenbesitzungen des Reiches, in dem »die Sonne nicht unterginge, von den Verbündeten erobert worden, auch ein großer Teil des unglücklichen Stammlandes lag blutend zu den Füßen der fremden Eroberer. Der Gegenkönig Erzherzog Karl hatte es verstanden, durch Zugeständnisse an die alten Selbstständigkeitsbestrebungen von Katalonien und Aragonien diese beiden wichtigen Landestellen für sich zu gewinnen. Dann bahnte ihm ein englisches Expeditionsheer den Weg nach Madrid. Schon schien es, als ob Ludwig von Philipp die Waffen strecken müßten. Da aber erhob sich das Volk von Kastilien und griff entscheidend in die Gestaltung seines Geschicks, in die Gestaltung des Geschicks von ganz Europa ein. Der größte Teil des spanischen Volkes sah in Philipp den wahren Erben der bisherigen Monarchie, in Karl dagegen den fremden Usurpator. »Für das Kernland der spanischen Monarchie war die Thronfolge keine Angelegenheit der Kabinette, sondern eine nationale Sache. Deshalb griff hier das Nationalgefühl entscheidend ein in den Verlauf des Krieges, es wollte sich nicht den Herrscher von den fremden Mächten aufzwingen lassen.«*) Und so schlug das kastilische Volk, als der Herrscher schon alles verloren glaubte, die Eindringlinge zurück. Kurz nacheinander im Jahre 1706 wurden die Engländer unter Stanhope bei Brihuega und die Oesterreicher unter Guido v. Starhemberg bei dem nahegelegenen Ort Villaviciosa vernichtend geschlagen. Damit wurde die Räumung von Madrid und der Rückzug des Erzherzogs nach Barcelona erzwungen. Und nach dieser Schlacht von Brihuega war es, daß ein einsichtiger englischer General fest-

*) Prophyllien-Weltgeschichte, Bd. 4.

stellte: »Auch eine größere Armee, als Karl sie zur Verfügung hat, könnte Kastilien bloß für den Augenblick, nicht aber für die Dauer zur Anerkennung des Oesterreichers bringen.«

Der spanische Erbfolgekrieg dauerte noch länger, sieben schmerzvolle Jahre. Es kam sogar zu einer zweiten Besetzung von Madrid im Jahre 1710, und immer wieder trieben neue internationale Verwicklungen das mörderische Blutvergießen weiter, wozu doch im Grunde die Entscheidung schon gefallen war. Denn die im Jahre 1713 zustande gekommenen Friedensschlüsse mit den verschiedenen Interventionsmächten bestätigten nur die Machtverhältnisse, wie sie sich 1706 bereits klar abgezeichnet hatten: die fremden Besitzungen des Hauses Habsburg gingen verloren — die spanischen Niederlande und die italienischen Machtpositionen erhielt der deutsche Kaiser, Sizilien der Herzog von Savoyen, Gibraltar und Menorca die Engländer — aber das Stammland Spanien blieb als Ganzes erhalten und wurde von da an regiert von dem Herrscher, für den das Volk auf den blutigen Feldern von Brihuega und Villaviciosa sich geopfert hatte.

Wir schreiben das Jahr 1937. Alles ist schon dagewesen? Es gibt Parallelen in der Weltgeschichte, aber doch läßt sich das Weltgeschehen nicht einfangen in die Theorien der Historiker. Wir wollen nicht prophesieren und nicht deuten. Wir können nur eines wünschen, daß das spanische Volk von einem zweiten Erbfolgekrieg verschont bleibe; daß nicht wieder sein Land jahrelang zum Schauplatz internationaler Interessenkämpfe gemacht werde, wo man am qualvollen Ende nicht mehr erreicht, als man durch Einsicht schon bei Brihuega hätte erreichen können. E. R.

Nase voll

Gegen die Kriegshetze.

Im Düsseldorfer Schauspielhaus wurde ein neues Antibolschewisten-Stück uraufgeführt: »Grusinoff der Rebell«. Die K. V. (11. 6.) berichtet darüber:

»Das Stück, das die erwachende Revolution in Rußland im Jahre 1917 in sieben Bildern in realistischer Schilderung vorführt, ohne daß eine dichterische Intuition hier einen veröhnenden Ausgleich brächte, wurde schweigend hingenommen. Durchgefallen durch Nichtgefallen! Keine Hand rührte sich zum Beifall, der doch zumindest der ganz ausgezeichneten Aufführung hätte zuteil werden müssen.«

Wenn nicht einmal der Regisseur für seine gute Inszenierung vor den Vorhang darf, so ist das eine deutliche Demonstration: das Volk in allen Schichten hat die ewige Rußlandhetze bis obenhin. Es durchschaut das Spiel, wittert dahinter eine verhängnisvolle Kriegshetze und hat keinerlei Lust, sich vor den Wagen des braunen Imperialismus spannen zu lassen.

Menschen ohne Heimat verbindet überall ein Gemeinsames: die Unsicherheit des Asylrechtes, der ewig schwankende Boden. Jolán Földes schildert in ihrem preisgekrönten Roman »Die Straße der fischenden Katze« eine exilierte Gruppe, die in einem obskuren kleinen Pariser Hotel haust: Ungarn, Russen, Spanier, ein Armenier. Alle kommen mit den gleichen Illusionen an, alle werden mit der Zeit resignierter, alle überkommt ab und zu das gleiche Heimweh. Manche finden eine Beschäftigung, manche verwehen, alle politischen Richtungen diskutieren wirr durcheinander, alle eint der gleiche schwankende Boden. Die ungarische Familie wanderte zwar nur aus, um eine bessere Existenz zu suchen, aber die gleichen Gesetze der Heimatlosigkeit macht auch sie zu Emigranten, und ihre Kinder erleben überall die unberechenbaren Launen eines mikroskopisch und halbautark gewordenen Erdteils. In Marseille geschieht ein Attentat und schon fliegt der Vater in Paris aus der Arbeit. In Budapest werden französische Francs gefälscht und die Tochter muß aus dem Pariser Modessalon verschwinden, weil sich eine vornehme Kundin nicht von einer Ungarin bedienen lassen will.

So entsteht ein tragikomischer Ausschnitt aus dem wilden Lager der Emigration, wenn man so sagen darf. Das organisierte, einer Bewegung dienende und politischen Willen bekundende Lager wird nicht sichtbar, und das weist noch andere typische Züge auf. Gegen den Schluß hin finden sich zwar auch deutsche Flüchtlinge in der kleinen Gasse ein, doch diese deutsche Emigration ist von der Autorin eigentlich nur aus der Spottperspek-

tive gesehen. Das kontrastiert etwas mit der sonstigen Gerechtigkeit und Lebenswahrheit dieses Buches. Denn diese Dichterin kann Menschen zeichnen; sie besorgt das in klaren, da und dort beinahe burlesken Stil. Alles kommt kräftig heraus, mitsamt dem melancholischen Humor, der in den großen wie in den kleinen Dingen schlummert. Feinere Halb- und Zwischentöne meldet sie. Die Schilderung steigt so fest und fesselnd an, daß sie in der zweiten Hälfte überraschend abfällt. Dies mindert jedoch nicht die Kunst, mit der hier ein Stück vom grauen Alltag moderner Heimatloser gezeigt wird. Tapfer und still tragen sie ein Schicksal, von dem die Welt wenig weiß. Bruno Brandy.

Verkommenheit

Kunst und »Völkischer Beobachter«.

In der Ausstellung »Gebt mir vier Jahre Zeit« gibt es auch einen Stand, der die Kultur der Weimarer Demokratie verächtlich machen soll. Man hat dort wahllos Dinge zusammengetragen, die dem braunen Feldwebel als »bolschewistische Kunstgreuel« erscheinen. Der »Völkische Beobachter« gibt sich Mühe, seine Leser damit zum Gruseln zu bringen:

»Auch eine »Frauenblüte« ist ausgestellt, die man eher für den Kopf eines vorantiftlichen Ungeheuers halten kann. In entsprechender Qualität sind auch Zeitschriften und Bücher ausgelegt. Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um die ganze abgrundtiefe Verkommenheit jener Kreise erkennen zu lassen, die sich vor dem 30. Januar 1933 als die berufenen Vertreter Deutschlands nicht nur in politischer Hinsicht, sondern

auch auf künstlerischem Gebiete fühlten und ausgaben.«

Gut gebrüllt. Ein paar Gemälde veranschaulichen nämlich auch die »abgrundtiefe Verkommenheit« von Leuten, die damals mit den extremsten Richtungen kokettierten, wilde Expressionisten und Futuristen für staatliche Ankäufe vorschlugen oder damit sympathisierten, sich später rechtzeitig gleichschalteten und heute zu den Stützen der Reichskulturkammer gehören.

Aber die Nazipresse wurde ja in diesen Tagen mehrfach unsanft auf das breite Maul geschlagen. In Berlin ist gegenwärtig eine Ausstellung französischer Kunst zu sehen. Bei den Eröffnungsreden versicherte auch Minister Rust, daß Veranstaltungen dieser Art geistige Brücken von Volk zu Volk schlugen. Nun, auf dieser »Brücke« ist u. a. auch eine Kunst zu sehen, deren Vertreter für Banausen wie die des »V.B.« eigentlich nichts als Asphaltkunst repräsentieren. In der »Deutschen Zukunft« vom 13. Juni heißt es in einer Besprechung der Ausstellung:

»Nur wenig jünger als diese Gruppe sind die Männer, die einen Teil der großen Gegenbewegung gegen den Impressionismus trugen, die Fauves, die Wilden, von denen man hier Marquet, Vlaminck, Derain sieht, Georges Rouault, Braque, Leger, Matisse, die Väter des französischen Kubismus und Expressionismus. Sie stammen zum Teil auch noch aus den 60er Jahren; der Jüngste von ihnen, Braque, ist 1882 geboren. Sie sind mit ein paar sehr schönen Arbeiten vertreten; die Hütten von Vlaminck sind eines der lebendigsten Bilder der ganzen Ausstellung...«

Was man noch schreiben darf

»Legalisierter Sadismus«

Im »Völkischen Beobachter« liest man mitten in einem längeren Aufsatz folgende bittere Worte:

»Ein System, wo der einzelne Mensch gar nichts gilt und nur eine Nummer in einer großen Rechnung ist, wo der Kollektivgedanke, das Riesenschwungrad der Systembürokratie, wie ein Leviathan alles schöpferische Eigenleben im Keime erstickt, kennt den Begriff der Persönlichkeit, der Ehre nicht, also auch nicht den Wert des menschlichen Lebens und daher auch nicht den Schutz dieses Lebens und seiner Ehre. Hier ist alles Terror, Gewalt, die nur auf Unterdrückung fußt, die durch keine Regel gehemmt ist, die sich nur auf die Macht und nicht auf das Gesetz stützt, legalisierter Sadismus.«

Um dem Leser eine begriffliche Sorge zu nehmen: Verfasser und verantwortlicher Schriftleiter weilen noch unter den Lebenden und befinden sich auch nicht in einem Konzentrationslager. Der Autor heißt Dr. E. H. Bockhoff und schreibt im Heft 3 der »Deutschen Rechtspflege« als zuständiger »Sachbearbeiter« über die Rechtsverhältnisse in Sowjetrußland.

Spontaner Jubel

Vom 17. bis zum 20. Juni halten sich 600 alte Kämpfer, die den 30. Juni überlebt haben, in Ostpreußen auf. Am 13. Juni bereits konnte man in der ostpreussischen Presse einen ganzseitigen, fett gedruckten Aufruf lesen, in dem es hieß:

»Gruß und Empfang durch die Bevölkerung Ostpreußens werden unglaublich sein. Die Dörfer und Städte, die Kreise und Landschaften werden sich gegenseitig überbieten, um durch äußere Symbole ihre heißen Gefühle zum Ausdruck zu bringen. Spruchbänder, Grünschnuck, Transparente, Fahnen und nicht zuletzt der Jubelruf der 2½ Millionen Menschen dieser Provinz werden die Fahrt der alten Kämpfer begleiten und Ausdruck der inneren Haltung der Nationalsozialisten Ostpreußens sein. In den oben aufgeführten Orten schließen die Betriebe und Behörden in den Stunden, in denen die Fahrt durch ihre Ortschaft geht, um auf der Straße gemeinsam mit den Spallieren der Männer der Partei und ihrer Gliederungen die Gliederungen die Ältesten zu begrüßen. Aus den Orten, die bei der Fahrt nicht berührt werden, wird die Bevölkerung unter Führung der Partei zur Fahrtstrecke strömen, um auch an diesem Erlebnis teilzunehmen.«

Man überbietet sich, man bringt heiße Gefühle zum Ausdruck, man bricht in Jubelrufe aus, man strömt — und alles das über-übermorgen. Wenn die Sache vorbei ist, werden die Veranstalter die größte Überwältigung ihres Daseins erlebt haben. Sogar im futurum exaktum — und ganz spontan.

Todesstrahlen. Das Buch »Todesstrahlen und andere neue Kriegswaffen«, das Kurt Doberer und Max Seydewitz gemeinsam im Malik-Verlag, London, herausgebracht, erscheint nun in jugoslawischer Sprache im Verlag Nolit in Belgrad und in französischer Sprache im Verlag Hachette in Paris.

Und so geht die Hymne weiter, eine Hymne auf Leute, die dem »V.B.« als Väter jener »abgründigen Verkommenheit« gelten. Aber so ernst will ja Rosenbergs Blatt gar nicht genommen werden: es gesteht in einem Bericht, daß die Ausstelung Gelegenheit gebe, endlich einmal die wahre französische Kunst kennen zu lernen, während man früher nur die »französische Kunst der jüdischen Bilderhändler« gesehen hätte. Dann folgen wohlwollende Partien über Matisse, Braque, Utrillo, Vlaminck etc., durch die Bank Namen, die längst vor dem »V.B.« gerade vom »jüdischen Kunsthandels« erkannt und populär gemacht wurden. Welcher jetzt wieder einmal deutsch-französische Verständigung Trumpf ist, entdeckt selbst der »V.B.« an den Vätern und Paten der »abgründigen Verkommenheit« allerhand Interessantes. Denn, wie gesagt, so ernst will er ja nicht genommen werden, und Kunstkritik hat für den braunen Feldwebel nun einmal nichts mit Kunst zu tun, sondern nur mit der Agitation — und zwar mit der blödesten.

Der unsterbliche Heine

Oder: Die engen Schuhe der NSK.

Die Lorelei wird erheblich länger bestehen als das tausendjährige Reich — und wenn es zwanzig Jahre alt würde.

Deutscher Volkswitz.

Das dümmste Wochenblatt des Dritten Reiches berichtet über einen Berliner Romantikerabend. Bei allen Liedern wurde der Textdichter mit angegeben, nur bei dreien fehlte der Name: Die Lotoblume — Du bist wie eine Blume — Was will die einsame Träne? Das SS-Organ (3. Juni) zürnt:

Der Widerstand der Teutobrasileiros

Sao Paulo, Ende Mai.

Je hartnäckiger die deutschen Reichsvertretungen und die Auslandsorganisationen der NSDAP versuchen, das organisatorische und kulturelle Leben der im Auslande lebenden Angehörigen der deutschen Sprachgemeinschaft gleichzuschalten, desto stärker merken die davon Betroffenen die Gefährlichkeit dieses Beginns. Denn diese Gleichschaltungsanstrengungen sind nicht nur ein Element der Spaltung und Störung, sie tragen auch die Gefahr in sich, die Auslandsdeutschen in einen Konflikt zu bringen mit den staatsbürgerlichen Pflichten gegenüber ihrer Heimat, gegenüber dem Lande, in dem sie selbst oder ihre Kinder geboren sind.

Besondere Bemühungen macht das Dritte Reich zur Gewinnung und, wo das nicht möglich ist, zur Terrorisierung der Deutschbrasilianer, der Teutobrasileiros. Es sieht darin nicht nur eine »volkspolitische« Aufgabe, sondern wünscht einen ganz bewußten politischen Einsatz dieser Million Menschen im Rahmen der brasilianischen Politik. In der Zeitschrift des Stuttgarter Instituts für Auslandsdeutschum wird den Teutobrasileiros — etwas größenwahnsinnig — sogar die Aufgabe zugewiesen, die lusobrasilianische Vorkherrschaft in der brasilianischen Politik zu brechen...

Was sagen die Deutschbrasilianer zu der großartigen Mission, die ihnen das Dritte Reich zuweist?

Für den ganz überwiegenden Teil ist die alte Heimat nichts anderes als eine sentimentale, immer mehr verblassende Erinnerung an die eigene, längst verschwundene Jugendzeit oder an das, was der Vater oder Großvater einst erzählt haben. Ein im deutschbrasilianischen Schulleben der Stadt Porto Alegre führende Persönlichkeit, Professor Fr. W. Richter, stellte kürzlich in einer Broschüre fest:

»Der Deutschbrasilianer ist eben in erster Linie, der Gemeinschaftszugehörigkeit nach, ein Brasilianer! Der Palmenstrand, die weiten Pampas, der geheimnisvolle Urwald und brasilianische Sitten lassen sein Herz höher schlagen, während ihm deutscher Tannenwald, deutscher Winter, Potsdamer Kasernenleben und anderes, wohl interessante, aber ebenso exotische Begriffe sind wie etwa für einen Mitteleuropäer die Orchideen oder überseeische Wundertiere.«

Ein entscheidendes Symptom für das den nationalsozialistischen Wünschen widersprechende Zugehörigkeitsgefühl der Teutobrasileiros wird in einer von Dr. Franz Metzler herausgegebenen Broschüre »Volkstum und Volksgemeinschaft« angeführt, die das Ergebnis einer Umfrage enthält. In ihr wird von den aus Brasilien ausgewanderten Deutschbrasilianern folgendes berichtet:

»Ein Beispiel eigener Art sind manche Kolonisten in Missionen, Argentinien, und in den deutschen Kolonien in Paraguay, wo Brasilianer deutscher Abkunft, in der Hauptsache Riograndenser, sich angepaßt haben. Diese meist nur deutsch sprechen-

den Brasilianer sind stolz darauf, Brasilianer zu sein, pflegen durch Reisen, Festhalten an Sitten, die sie aus Rio Grande do Sul mitbrachten, und vieles andere mehr, ihre Beziehungen zu Brasilien, obwohl sie brasilianisches Volkstum im eigentlichen Sinne nicht genügend kennen. Soweit sie brasilianische Staatsangehörigkeit beibehalten, sind diese Splitter als zur brasilianischen Volksgemeinschaft gehörig zu betrachten, sie bekennen sich auch zu ihr, und nur zu ihr.«

Warum wollen die Nationalsozialisten all das nicht erkennen? Warum suchen sie mit einem Riesenaufwand an Geld und Energie aus den Teutobrasileiros waschechte Glieder des von Adolf Hitler niedergehaltenen deutschen Volkes zu machen? In dem ausgezeichneten Schlußwort der zitierten Broschüre wird die Frage, warum die entscheidenden Männer des Dritten Reiches auf die Illusionen in bezug auf die Deutschbrasilianer und andere auslandsdeutsche »Volkstumsgenossen« nicht verzichten, folgendermaßen und, wie uns dünkt, vollkommen richtig beantwortet:

»Es ginge dabei die Vorstellung vom Hundert-Millionen-Volk in die Brüche, man müßte zum Leidwesen der Rassestheoretiker und im Widerspruch zum nationalsozialistischen Parteiprogramm das Blut als das tragende und wesentliche Merkmal des Volksbegriffes fallen lassen, man müßte ein für alle Male loyal und entschieden auf Uebergriffe in die Volksbereiche der Nationen verzichten, die deutsches Volkstum in sich aufgenommen haben — alles Dinge, die einem totalitären Staat aus neuer »unbedingter« Weltanschauung schwer fallen müssen.«

Die Gleichschaltungsbemühungen und der Gleichschaltungsterror scheitern aber nicht nur immer wieder an dem falschen Ausgangspunkt: der Annahme, die Teutobrasileiros fühlten sich als Angehörige der hitleristischen »Volksgemeinschaft«. Mindestens ebenso abstoßend und widerspruchserregend wirken aber die Methoden, mit deren Hilfe diese Gleichschaltungsforderung durchgesetzt werden soll. Der Ton und die Manieren der Nationalsozialisten müssen bei Menschen, die in einer ungebundenen, freien Umgebung geboren sind oder wenigstens die entscheidenden Jahre ihres Lebens verbringen, Widerwillen erregen. Die Repräsentanten der NSDAP können kein Vertrauen erwerben, weil sie, gleichgültig, wie lange sie im Lande leben, als nicht »bodenständig« empfunden werden. Aber auch die nationalsozialistischen Ideen selbst liegen den Teutobrasileiros so fern, erscheinen ihnen so unverständlich, daß sie sich ihnen gegenüber in der Regel so indifferent verhalten, als spräche man zu ihnen in einer fremden Sprache.

Das Dritte Reich hat die Beziehungen zwischen Deutschland und den Teutobrasileiros nicht inniger gestaltet, sondern ganz im Gegenteil, eine Abkühlung hervorgerufen und zur — Vorsicht veranlaßt. Immer wieder fragen die Deutschbrasilianer, ob sie nicht durch die auslandsdeutsche Politik des Drit-

ten Reiches in einen schweren Konflikt mit ihrem Vaterlande getrieben werden. Sie sind einigermaßen besorgt (und haben allen Grund dazu!), daß die NSDAP sie in eine Rolle zu drängen versucht, die sie in den Augen der übrigen Brasilianer zu schlechten Staatsbürgern macht. Es wird darum gefordert:

»Wir sollten in unseren deutschbrasilianischen Schulen — gerade angesichts unserer immer wieder zu klärenden Doppelstellung — unsere reifere Jugend genau darüber unterrichten, welche heiligen Anspruch ein jeder Staat, ein jedes Vaterland hat auf Totalität der Hingabe seiner Bürger; auch unser Vaterland Brasilien. Natürlich ist das bisher auch schon geschehen; aber das heutige Modewort »Totalität« kann uns wohl veranlassen, diese unsere väterländische Pflicht heute auch ein wenig zu unterstreichen.«

In dem Aufsatz eines jungen deutschbrasilianischen Juristen wird das Kind beim richtigen Namen genannt und festgestellt, daß die nationalsozialistischen Theorien im strikten Gegensatz zu den brasilianischen Gesetzen stehen. Er erklärt, daß die Teutobrasileiros, die »als gute brasilianische Bürger der deutschen Ehrlichkeit und Treue stets Ehre gemacht haben« jetzt nicht erleben wollen, daß »Stammesgenossen als Verräter am Gastlande entlarvt werden«. Er berichtet, daß ein Mann Teutobrasileiro in dritter Generation, eingeladen wurde, einer Parteitaggruppe beizutreten und gleichzeitig die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Nicht mit Unrecht meint er, eine solche Zumutung sei »entweder hochverräterisches Treiben im Gastlande oder kindliche Dummheit«. Uns will allerdings scheinen, als handle es sich hier weniger um ein entweder-oder als um ein sowohl-als-auch: es ist ein hochverräterisches Treiben aus kindlicher Dummheit!

Da es aber bei dem ganzen nicht um eine Nebensächlichkeit, sondern um das Schicksal von einer Million Menschen geht, ist das Verhalten der Nationalsozialisten gegenüber den Teutobrasileiros — die Anstiftung zu einem Verrat an Brasilien — nicht nur eine Dummheit, es ist ein Verbrechen aus Verantwortunglosigkeit, aus Gewissenlosigkeit, aus politischer Unzurechnungsfähigkeit. Würden nämlich die nationalsozialistischen Pläne in bezug auf die Deutschbrasilianer auch nur einigen Erfolg haben, wäre es nicht nur ein Unglück für die davon betroffenen Teutobrasileiros, auch die Beziehungen zwischen Deutschland und Brasilien erlitten einen unrepairierbaren Riß! xy.

Ein Grund zum Stolz sein

»Wenn ein Mensch Meier heißt, hat er Grund und Berechtigung, stolz zu sein. Denn die Ahnen seiner Sippe, die als erste den Namen trugen und forterbten, waren stets Menschen, die sich besonders ausgezeichnet hatten und befähigt waren, zu führen und zu befehlen.«

»Preußische Zeitung« Nr. 156.

auch Brentanos Loreleiedicht wählen können. Außerdem sei der stittliche Wert eines Werkes wichtiger als der des Verfassers.

Im nächsten Heft (Dezember 1936) stimmte dem ein anderer Einsender zu:

»Denn so sehr ich auch Goethes Lyrik und auch Mörikes und Storms über die Helnes stelle, die Künstlerhand, die Fähigkeit, zu gestalten, kann man ihm nicht absprechen. Weshalb sollen wir, wenn ihm das an einem deutschen Stoffe glücklich ist, seine Verse nicht im Verein mit einer uns lieb gewordenen Melodie um dieser Melodie willen beibehalten können, ohne uns dadurch etwas zu vergeben?«

Man weiß nicht, wie sich die famose Dichterakademie aus der Schlinge ziehen wird, denn wie sie es auch macht, macht sie es falsch. Es ist mit diesem »zynischen Asphaltlyriker« wie mit Chamisso: zwei Fremdstämmige dichteten die deutschesten Volkslieder und schmissen schon damit den ganzen Rassenmumpitz über den Haufen.

Dem großen Meckerer Ludwig Uhland

Zurück zur Flucht in die Literatur...

»Denn dieser Eiferer für das gute alte Recht, dieser große deutsche Achtundvierziger hat noch in die berühmte Prägung von dem vollen »Tropfen demokratischen Oeles« hineingeheimnist und gar nicht so sehr geheimnist, wie viel bei ihm der freie Mann und wie wenig ihm Fürstengunst galt. Den Herzog, den primus inter pares, hätte er lieben können, den Absolutisten niemals! Sie mochten einander nicht; man hat dem unbequemen Monitor, als er schon eine euro-

päische Berühmtheit war, den Abschied aus der Tübinger Literatur-Professur »mit Freuden bewilligt«. Und seine Ablehnung des von Berlin aus angebotenen Pour le mérite ist keine Altersschwäche, sondern Haltung, wenn gleich schwäbig-dickköpfige Haltung nach den klaren Linien seines Lebens. Sein Volk freilich hat er geliebt, wie nur einer; und gerade um dieser Liebe willen mußte er sein Leben lang locken, warnen, rechten und fechten...«

Wie sage ich es dem »Führer und Reichskanzler«? — die Frage und Aufgabe mag sich heute für manchen Hitler-Untertan bei Tag- und Nachtzeit stellen. Am besten ist es, wenn man sich dabei — wie einst im Vormärz — in die Literatur flüchtet, wo die Gestapo nicht so ohne weiteres schließen kann. Dieses beachtend hat der Redakteur der Stuttgarter »Die Literatur« (Juni-Heft) seinem Ludwig Uhland zum hundertfünfzigsten Geburtstag die oben niedergelegten Zeilen offenbar gewidmet, sei es den Meckerer Drimm, sei es den kämpfenden Emigranten draußen feiernd und ganz und gar unter Beweis stellend, daß mindestens für das »Goldene Ehrenzeichen der NSDAP« Ludwig Uhland wohl nicht in Frage kommt!

Entgegengesetzt

»Der vormilitärischen Ausbildung der Jugend in ausländischen Staaten setzt der Nationalsozialismus die soldatische Jugenderziehung in der HJ entgegen.«

»Kölnische Volkszeitung« Nr. 159.

Das verschleierte Bild des Arbeitsmarktes

Reichsarbeitslosenversicherung als Nazi-Krankenversicherung

Während die Wirtschaft im Dritten Reich in eine ausweglose Sackgasse geraten ist, erfährt die Weltöffentlichkeit durch die Nazi-Propaganda, daß »dank der tatkräftigen Initiative der nationalsozialistischen Staatsführung auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens ein starker Aufschwung beobachtet werden kann.« Die dauernde Abnahme der Arbeitslosenziffer, so wird erklärt, sei das untrügliche Zeichen dieses Aufschwungs. Nun trifft es zweifellos zu, daß bei einer normalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktstatistik die Arbeitslosenziffer tatsächlich einen Gradmesser für die Konjunktur des Landes darstellt. Die Voraussetzung einer soich wahrheitsgemäßen Erforschung des Wirtschaftsstandes aber ist einmal, daß die Arbeitslosenzählung alle Erwerbslosen erfaßt und zum anderen, daß die Arbeitslosenziffer im unelastischen Zusammenhang mit der Entwicklungskurve der Beschäftigungszahlen berichtet wird. Beides wird in der Nazi-Statistik bewußt unterlassen. Am Anfang der neudeutschen Arbeitslosenstatistik stand die »Abschaffung des Arbeitsmarktes« und seine Ersetzung durch den »Arbeitseinsatz«. So bringt das Reichsarbeitsblatt vom 25. Mai »Die Entwicklung des Arbeitseinsatzes im April 1937«. Es herrscht großer Jubel, daß die Zahl der Arbeitslosen auf 960.764 gesunken ist, gegen 1.245.338 Ende März 1937. Eine solche Abnahme der Arbeitslosen um 23 Prozent innerhalb vier Wochen müßte eigentlich zur Belebung des Inlands- und Außenhandelsmarktes sichtbare Wirkungen ausüben. Das Gegenteil ist zu beobachten, weil die Arbeitslosenziffer im Dritten Reich jeden Zusammenhang mit der wirklichen Arbeitslage verloren hat.

Zunächst stehen den 961.000 Arbeitslosen nach dem RABl. als verfügbar Arbeitssuchende 1.182.000 gegenüber. Wie ist es möglich, daß nach Aufhebung der Freizügigkeit im Rahmen der Vierjahresplan-Aktion 221.000 nicht beschäftigte Arbeitswillige außerhalb der Arbeitslosenzählung bleiben?

Wie wenig die Arbeitslosenziffer den »Arbeitseinsatz« widerspiegelt, ergibt vor allem die Gegenüberstellung der Nazi-Zahlen aus der Beschäftigtenzahl nach der Krankenkassenstatistik.

Als vergleichbare Zahlen müssen die Ergebnisse vom 31. März der Jahre genommen werden.

	Arbeitslose nach der Statistik der Reichsanstalt	Beschäftigte Krankenkassen:
31. März 1933	6.013.612	12.193.000
31. März 1937	1.247.338	17.497.000
Zu(Ab)nahme	-4.766.274	+ 5.204.000

Auch wenn in der Krankenkassenstatistik einige technische Abweichungen von der allgemeinen Wirtschaftsstatistik über das jeweilige Arbeitsvolumen mit in Rechnung gestellt werden sollen, so bleibt doch die unmögliche Differenz, daß bei einer Zunahme von 5,3 Millionen der Beschäftigten die Arbeitslosen nur um 4,7 Millionen abgenommen haben. Selbst das »Institut für Konjunkturforschung« gibt in seinen Wochenberichten zu, daß die Kurve der Arbeitslosigkeit ihre »Bedeutung als Registrierapparat für die Wirtschaftslage verloren« hat. Die gewaltigen Zunahmen an Beschäftigten, wie sie allmonatlich berichtet werden, bestätigen nur, daß vorher ein großes Reservoir an »unsichtbaren Arbeitslosen« vorhanden gewesen sein muß. Das Konjunkturinstitut weiß aber auch heute, d. h. nach dem Sieg der Arbeitsschlacht immer noch von einem Ueberschuß an Arbeitskräften zu berichten, der in der Reichsarbeitsstatistik nirgends und niemals erwähnt wird. Die doppelgleisige Statistik des Dritten Reiches über die Arbeitslosen einerseits, die Beschäftigtenzahl andererseits verwehrt jede wirkliche Uebersicht des Arbeitsmarktes. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt die von der Reichsarbeitsstatistik nicht gezählten »Reserve« auf etwa eine Million. Darunter sollen sich der »natürliche Zuwachs an Arbeitssuchenden«, ferner diejenigen Selbständigen befinden, die heute das Kleingewerbe überbesetzen. Außerdem seien abgekürzte Ausbildungszeiten und die altersmäßige Umschichtung zu beachten. Das Rätsel der Arbeitslosenstatistik muß ja irgendwie gelöst werden. Uns genügt die halbamtliche Bestätigung der von uns wiederholt belegten Feststellung, daß es im Dritten Reich eine umfangreiche unsichtbar gemachte Arbeitslosigkeit gibt. Das Konjunkturinstitut beziffert sie auf eine Million. Rechnen wir zu dieser »Arbeitsreserve«

die diversen Gruppen der Zwangsarbeiter hinzu, die im Arbeitsdienst, bei Notstandsarbeiten und in mehr oder weniger militärischen Formationen ohne Lohn beschäftigt sind, so müssen der amtlichen Arbeitslosenzahl von einer Million, der Arbeitsreservistenzahl des Konjunkturinstituts von einer weiteren Million noch mindestens zwei Millionen zugezählt werden. Selbst wenn man die Arbeitsmarktentlastung durch die allgemeine Wehrpflicht außer acht läßt, verfügt das Dritte Reich demnach »infolge des starken Aufschwungs« über rund vier Millionen Arbeitslose.

Soweit mit der Entwicklung der Kriegswirtschaft wirklich eine Abnahme an Arbeitslosen eingetreten ist, müssen die Massen in ihrer Eigenschaft als Konsumenten die Kosten dieses Arbeitseinsatzes bezahlen. Die tatsächliche Mehrbeschäftigung beschränkt sich auf die Produktionsmittelindustrien, während das Verbrauchsgewerbe zurückgegangen ist. Es hätte nahe gelegen, daß das Reichsarbeitsblatt nicht nur summarische Zahlen über das Sinken der Arbeitslosenzahlen gibt, sondern daß vor allem in der Krankenkassen-Statistik nach gutem alten Brauch angegeben wird, wie sich die heute Beschäftigten auf die einzelnen Gewerbe verteilen. Das RABl. belehrt uns aber, daß es so was nicht mehr gibt, indem es folgende weitere Aenderung der bisherigen Statistik verkündet:

»Der Ausschnitt aus der Entwicklung der Gesamtbeschäftigung in einzelnen Wirtschaftszweigen, der durch

eine Sonderaufarbeitung der Betriebs- und knappschaftlichen Krankenkassen gewonnen wurde, wird von jetzt ab nicht mehr gebracht werden.«

Eine gegliederte Beschäftigtenstatistik müßte erweisen, daß die Verminderung der Arbeitslosenzahlen in den Produktionsmittelindustrien Hand in Hand geht mit dem Rückgang des Massenverbrauchs. Die ungenaue und mechanisch festgestellte Arbeitslosenzahl von 961.000 gibt aber auch keinerlei Auskunft über das Verhältnis zwischen dem vergrößerten Arbeitsvolumen und der Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden würde den derzeitigen Grad der Ausbeutung im Dritten Reich erkennen lassen. Wie stets, so wird auch im Dritten Reich das Ausbeutensystem durch vermehrte Einstellung niedrig entlohnter Frauen intensiviert. Es gab eine Zeit, in der die Frau von den Nazis ins Haus verwiesen worden ist. Heute rühmt sich das Dritte Reich im Reichsarbeitsblatt:

»Ein hervorstechendes Merkmal dieser Beschäftigungsentwicklung bildet auch der Rückgang des weiblichen Anteils an der Gesamtzahl der Arbeitslosen, wie der Unterstützten... Während Ende Februar 1933 auf hundert Arbeitslose noch 18,7 Frauen entfiel, sank deren Zahl Ende Februar 1937 auf 13,3 Prozent.«

Der wirkliche »Wirtschaftsaufschwung« wird auch ersichtlich aus der anhaltenden Kurzarbeit. Die Kurzarbeit wird in der Statistik der Reichsanstalt nur zu einem Teil erfaßt, soweit nämlich Unterstützung bewilligt ist. Im März 1937 wurde gewährt:

Kurzarbeiterunterstützung

1. Allgemeine an 8.302 Personen
2. Verstärkte an 67.566 Personen
3. Sonderhilfe an 31.482 Personen (für langfristige Kurzarbeiter)

Die Ausgaben der Reichsanstalt für Kurzarbeiterunterstützung sind von 10,7 Mill. RM. im Jahre 1934 auf 15 Mill. RM. im Jahre 1936 gestiegen. Die versteckte Arbeitslosigkeit ist im Abschnitt der »werterschaffenden Arbeitslosenhilfe« angedeutet, wenn dort von 94.000 Notstandsarbeitern berichtet wird.

Die bekannt gegebene Arbeitslosenzahl von 961.000 bedeutet so alles andere, als einen wirtschaftlichen Aufschwung. Sie muß ständig heruntergedrückt werden, um die Zahl der unterstützten Arbeitslosen noch weiter beschränken zu können. Von den 961.000 Erwerbslosen sind im April 1937 aus der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge zusammen nur noch 659.000 unterstützt worden. Der Rest war wohl nicht mehr als »voll einsatzfähig« erkannt worden. So blüht inmitten der Arbeitsnot das Bankgeschäft der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. Sie hat nach dem neuesten Ausweis vom 1. April 1936 bis 31. März 1937 die stattliche Einnahme von 1,542 Milliarden RM. zu verzeichnen, ihre Unterstützungsleistung war 545 Millionen, bleibt ein Reingewinn von einer Milliarde, an dem sich das Dritte Reich auf Kosten der Arbeiter und Angestellten gesund zu machen bestrebt ist. Gebt mir vier Jahre Zeit und ich mache aus der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, eine Krankenversicherung der nationalsozialistischen Staatsführung!

Deutscher, flagge in Grün!

Um den salonfähigen Hausschmuck... Der Reichsjägermeister

Zeichen 12214

5. Mai 37, Berlin W 8, Leipziger Platz II. Betr. Flaggenariaß!

Unter Bezugnahme auf Ziffer 1, Absatz 1 b, des Runderl. des R. und Pr. M. d. I. vom 14. 12. 1935 — LA 16164/4015 M. Bll. V. Nr. 52 ordne ich im Einvernehmen mit dem R. und Pr. M. d. I. an: Die Flagge des Reichsbundes Deutsche Jägerschaft aus resedagrünem Tuch trägt in ihrer Längsachse, ein wenig nach der Stange verschoben, das beiderseits eingestickte Symbol der Deutschen Jägerschaft.

Die Jagdbehörde (Kreisjägersmeister, Gau- und Landesj. usw.) können an Tagen, an denen die allgemeine Beflaggung angeordnet ist, neben der Reichs- und Nationalflagge in gleicher Größe die Flagge der Deutschen Jägerschaft setzen, und zwar die Reichs- und Nationalflagge rechts, die Jägerschaftsflagge links — vom Innern des Gebäudes mit dem Blick zur Straße gesehen. Bei Vorhandensein nur eines Mastes ist nur die Reichs- und Nationalflagge zu setzen, die Jägerschaftsflagge jedoch an der Hauptfront des Gebäudes anzuhängen. Bei Vorhandensein von drei Masten ist die Jägerschaftsflagge an der mittleren Stange zu setzen. Die Kreisjägersmeister werden ermächtigt, je eine Reichs-, National- und Jägerschaftsflagge auf Dienstkosten bis zum Höchstbetrag von insgesamt 25 Mark zu beschaffen und zu inventarisieren... Die Benutzung der Jägerschaftsflagge in verkleinerter Wiedergabe, zum Beispiel als Tischbanner für private Zwecke, Stammtische, ist verboten. I./A. Scherping.

So sorgt in der Tat der Reichsjägermeister Göring äußerst taktvoll doch für seine Leute! Die gehören nämlich meist zu den sogenannten besseren Familien, haben quasi Beziehungen bis hinauf zu Wilhelm in Holland, sind gleichgeschaltet — aber mit allen Vorbehalten. Und denen wird's freilich immer etwas schwummerig zu Gemüte, wenn sie das Hakenkreuz so blanko vorweisen sollen. Göring hat Sinn und Verständnis für solche hochherrschaftlichen Beklemmungen. Wie man dem gerecht werden kann, zeigt obiges »Betr. Flaggenariaß!«.

Wenn das freilich so weiter geht, dürfte das Hakenkreuz bald von Post-, Trichinenbeschau-, Gasanstalts- und Schlachthof-Flaggen vollkommen überdeckt sein. Die Frage wäre allerdings, wie weit das nicht einer geheimen Sehnsucht von neunzig Prozent der Deutschen im fünften Jahr der Hitleret wirklich entspräche. Auch insofern hat Hermann schon so einen Riecher...

Her mit dem Rechtsstaat!

Das Dritte Reich bekommt einen sittlichen Anfall.

»Das Rechtsempfinden eines jeden zivilisierten Menschen sträubt sich gegen dieses Theater.« — Diesen moralisch wohl zementierten Satz hält das heute braun lackierte ehemalige »Berliner Tageblatt« für so wichtig, daß es ihn sich für gute Devisen sogar silberweise aus Newyork kabein läßt und also die Redaktionskasse mit mindestens sechs Dollars, von Schacht mühsam zu bezahlen, belastet.

Was ist? Haben die Amerikaner, nachdem der Newyorker Bürgermeister und der Chicagoer Kardinal der Volksstimmung drüben endlich den Weg gewiesen haben, etwa gegen die Hinrichtung des Helmuth Hirsch im Dunkel der Gestapo-Justiz protestiert? War es nachträglich der Reichstagsbrandprozeß, der das sich sträubende Rechtsempfinden bis in die Spalten des »Berliner Tageblattes« hinein marschieren läßt? Hat es jenem zivilisierten Menschen gar ein »Volksgerichtshof«-verfahren und -Theater gegen knabenschänderische Kapläne angetan?

O nein! So kleinlich sind die Deutschen nicht. Ihr zivilisiertes Rechtsempfinden greift sehr viel weiter! Es handelt sich nämlich darum, daß angeblich die amerikanische Sportbehörde, die den amerikanischen Boxer Bradlock suspendierte, weil er gegen den deutschen Weltmeister Schmeeling nicht rechtzeitig antreten wollte, ein viel zu mildes Urteil abgegeben hat. Man sieht: das mit dem liberalistischen und marxistischen Rechtsstaat ist doch noch kein leerer Wahn!

Wie ist Hitlers antibolschewistischer Kreuzzug gemeint?

Gewissensforschung im Dritten Reich.

Wir lesen in einem Artikel des Generalarztes a. D. Dr. Buttersack über irgend ein medizinisches Fachthema, den die letzte Ausgabe der reichsdeutschen »Zeitschrift für ärztliche Fortbildung« veröffentlicht, folgendes Bekenntnis, ohne daß es recht erkenntlich wäre, in welchem Zusammenhang dieser nervöse Passus mit dem fachlichen Aufsatzsujet steht:

»Hat es je etwas Grausameres gegeben, als Glaubenskriege? Haben Pest und Hungersnöte so viele Opfer gefordert, wie die Christenverfolgungen der Waldenser-, Albigenser-, Hugenotten- und der Kriege zwischen 1618 bis 1648, die Hexenprozesse? Für den politischen Krieg bringt jeder — teils billiger, teils nicht billiger Art — Verständnis auf. Aber für Kriege um Suggestionen hat jeder nur Grauen und Abscheu, vollends, wenn sie als Deckmantel brutaler Bereicherungssucht inszeniert werden, wie der letzte und der nächste Weltkrieg...«

Ueber Motiv und Sinn des letzten Weltkrieges gehen sicherlich die Meinungen innerhalb der Menschheit, je nach dem, wie sie an ihm beteiligt war und welchen Grauen, Blau- und Grünbüchern man zufälligerweise mehr Glauben schenken will, sicherlich diametral auseinander. Lassen wir das also, unfruchtbar und ergebnislos, wie es schon ist, beiseite! Aber der »nächste« Weltkrieg —?! Es ist — und darüber herrscht in der Welt heute so ziemlich Uebereinstimmung — gar keiner fähig, als nur der, den Hitler als seinen ureigenen antibolschewistischen Albigenkrieg deutlich genug immer wieder annonciert hat und für den seine Diplomatie seit Jahr und Tag mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln die Bahn freizumachen versucht! So kommt es denn — auf leisen Sohlen des Unterbewußtseins im Dritten Reich — daß selbst so ein Buttersack sich plötzlich mitten beim Philosophieren und moralischem Lamentieren ertappt...

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horb; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Dänzig Guild. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.50 (6.00), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.